LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode /10.Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1924.

Stenographischer Bericht

über die am Montag, den 6.Oktober 1924 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3 (Landwehrplatz) stattgefundenen Sitzung des Landesrates.

Der stellvertretende Vorsitzende,Mitglied Scheuer(Z.)-St.Jngbert, eröffnet um 3 Uhr 10 Minuten nachmittags die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Herr Oberregierungsrat Dr.Heim aus der Abteilung des Innern,als stellvertretender Staatskommissar.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt die Anwesenheit von 29 Mitgliedern.

Entschuldigt fehlt das Mitglied:

Dr.Max von Vopelius (DSV)-Sulzbach.

Tagesordnung

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Erhebung einer Betriebssteuer;

2) Festsetzung der Tagegelder und Reisekosten für Zeugen,Sachverständige,Schöffen,Geschworene und Vertrauensmänner;

3) Schonzeiten des Wildes;

4) Versicherung des ausländischen Personals.

Vorsitzender: Meine Herren! Mit Erlaß vom 23.September ds.Js. hat der Herr Präsident der Regierungskommission aufgrund der einschlägigen Bestimmungen und nach Anhörung des Vorstandes des Landesrates die 4.Tagung auf den heutigen 6.Oktober einberufen. Ich eröffne deshalb die heutige erste Sitzung.

Ehe wir mit der eigentlichen Arbeit beginnen,habe ich die Pflicht, des Ablebens eines Mannes zu gedenken, dem zwar nur eine viermonatige Tätigkeit im Saargebiet beschieden war,
welche

welche Zeit aber ausreichte, um zu erkennen, daß das Saargebiet in ihm einen wahren und aufrichtigen Freund hatte, des Ministers Espinosa de los Monteros. Als Espinosa im April sein Amt antrat, war von ihm bekannt, daß er die deutsche Sprache beherrsche, deutsche Sitte und Kultur kenne. Das gab der Bevölkerung die Hoffnung, daß sie mit ihren Anliegen und Wünschen bei dem neuen Manne, der das wichtige Ressort des Kultus und der Justiz übernahm, allezeit ein offenes Ohr und ein bereitwilliges Verständnis finden werde. In dieser Hoffnung sah sich die Saarbevölkerung nicht getäuscht. Herr Espinosa war nicht nur Kenner der deutschen Sprache. Er hatte sie erlebt, er war darin aufgewachsen. Und zu diesen günstigen Vorbedingungen eines gedeihlichen Arbeitens hier kam sein vornehmer, ritterlicher Sinn, die hohe Verantwortung, die er von seinem Amte hatte, der unermüdliche Eifer, mit dem er seinen Obliegenheiten sich hingab, die Bereitwilligkeit, mit welcher er alle Anregung und Aufklärung entgegennahm. Gerade die Mitglieder dieses Hauses fanden bei ihm stets eine offene Tür, und es hatte sich in der letzten Zeit ein Verhältnis zwischen den Mitgliedern des Hauses und dem Verstorbenen entwickelt, das die beste Gewähr für ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der Zukunft versprach. Inmitten dieses Schaffens hat nun der unerbittliche Tod den Mann von uns genommen. Er wird dem Saarvolk unvergessen sein und sein Andenken wird allezeit in Ehren bestehen.

Kaum 3 Wochen nach seinem Tode verstarb ebenso rasch und unerwartet der Staatskommissar Herr Dr. Liesch. Bei seinem Amtsantritt vor 2 Jahren versprach er, durch Treue und Pflichterfüllung das Seinige zum Wohle der Bevölkerung beizutragen. Er sprach insbesondere die Hoffnung aus, daß das Zusammenarbeiten hier uns auch persönlich einander näher bringen werde. Die Auffassung, die er manchmal hier zu vertreten berufen war, stand oft derjenigen des Hauses diametral gegenüber, und mußte deshalb oft, oft sogar in scharfer Weise bekämpft werden. Das hat den Verstorbenen aber nicht abgehalten, allezeit die besten persönlichen Beziehungen zu allen Mitgliedern des Hauses zu pflegen. Und aus diesem Grunde löst sein plötzliches Hinscheiden auch in unseren Reihen aufrichtiges Bedauern aus.

Ich stelle fest, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen erhoben haben. Ich danke Ihnen.

Durch Erlaß vom 4. Oktober ds. Js. hat der Herr Präsident der Regierungskommission als stellvertretenden Staatskommissar, den Oberregierungsrat der Abteilung des Innern, Herrn Dr. Heim bestimmt. Herr Dr. Heim ist am Regierungstisch anwesend.

Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Heim.

tskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Der Herr Vorsitzende hat soeben bekannt gegeben, daß das Vertrauen des Herrn Präsidenten der Regierungskommission mich zur Nachfolgerschaft des verstorbenen Herrn Dr. Liesch berufen hat, dessen Verdienste und dessen jähen Heimgang der Herr Vorsitzende soeben in trefflichen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Ich hatte bereits gelegentlich früherer Arbeiten des Landesrates den Vorzug, mit einer größeren Reihe von Ihnen zusammenzuarbeiten und in nähere Fühlung zu kommen. Gleichwohl benutze ich den heutigen Tag meiner Amtseinführung, um Ihnen zu versichern, daß ich jederzeit bestrebt sein werde, in objektiver Weise meine Pflicht zu erfüllen und im Rahmen meiner Aufgaben alles zu tun, um zu einem ersprießlichen Zusammenarbeiten mit Ihnen zu gelangen. Als geborener Saarländer mit Land und Leuten vertraut, wird es mir eine Ehre sein, mit aller Kraft dem obersten Ziele, das uns allen gemeinsam ist, der Förderung des Wohles der Saarbevölkerung zu dienen.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

orsitzender: Wir kommen zur Erledigung der Tagesordnung. Zunächst zu Punkt 1

Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

Die Stimmzettel sind verteilt und ich bitte um Vorschläge.

offmann (S.P.): Ich schlage für unsere Partei den Abgeordneten Betz vor.

orsitzender: Von Herrn Hoffmann wird für die sozialdemokratische Partei der Abgeordnete Betz vorgeschlagen.

einhard (K.P.): Ich schlage für unsere Partei den Abgeordneten Eifler vor.

orsitzender: Herr Heinhard schlägt für die kommunistische Partei den Abgeordneten Eifler vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Ich bitte dann den Protokollführer mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Es sind abgegeben, auf Herrn Betz 26, und auf Herrn Eifler 8 Stimmen. Damit sind die beiden Herren wiedergewählt.

Wir kommen nun weiter zu Punkt 2 der Tagesordnung,

Bildung der Kommissionen.

Es ist die Anregung ergangen, daß die Kommissionen per Akklamation wiedergewählt werden sollen. Wenn es gewünscht wird, lasse ich die Zusammensetzung verlesen.

(Zuruf Becker : Es ist bekannt !)

Erhebt sich dagegen Widerspruch, daß die Kommissionen in derselben Weise bestehen bleiben ? Widerspruch erhebt sich nicht.

Wir kommen dann zu Punkt 3 der Tagesordnung. Es sind bis jetzt eingegangen folgende Verordnungsentwürfe betr.:

1) die Erhebung einer Betriebssteuer;
2) die Festsetzung der Tagegelder und Reisekosten für Zeugen und Sachverständige;
3) die Schonzeiten des Wildes.
4) Versicherung des ausländischen Personals.

Die Vorlage zu 1 wird der I. Kommission
" " " 2 " " V. "
" " " 3 " " IV. "
" " " 4 " " V. u. VII. " zur Vorbera .tung überwiesen.

Damit wäre die Tagesordnung erschöpft.

Es wird von einzelnen Mitgliedern noch das Wort außerhalb der Tagesordnung gewünscht.

Das

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher !

Levacher (Z.): Meine Herren! Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung zur Verlesung zu bringen:

Nach der erfolgten Neuernennung eines stellv.Staatskommissars nehmen wir zur Kenntnis, daß die Wahl auf einen deutschen Saarländer gefallen ist, jedoch ergreifen wir die Gelegenheit, um unsere Auffassung über das Verhältnis zwischen dem Landesrat und dem Staatskommissar in einer Erklärung zum Ausdruck zu bringen.

In ihrer Verordnung, die am 24.März 1922 zur Bildung des Landesrates erlassen wurde, sagt die Regierungskommission in Artikel 5

Jedes Mitglied der Regierungskommission kann in Angelegenheiten seines Amtsbereiches einen oder mehrere Staatskommissare entsenden mit dem Auftrag, die von ihm dem Landesrat vorgelegten Verordnungsentwürfe zu vertreten."

Beim letzten Landesrat ist nun durch die Regierungskommission ein eigenes dauerndes Amt eines Staatskommissars beim Landesrat geschaffen worden. Diesem ist die Aufgabe übertragen, die Regierungskommission bei sämtlichen Verordnungsentwürfen zu vertreten. Somit verbleibt es dabei den einzelnen Ressorts der Regierungskommission unbenommen, einen besonderen Fachreferenten zu entsenden.

Der Sinn des oben angeführten Paragraphen kann nur der sein, daß der Staatskommissar die Regierungskommission auch wirklich vertritt, d.h. daß er durch die Regierung in die Lage versetzt wird, authentische und zuverlässige Erklärungen über die Absichten und Pläne der Regierungskommission abzugeben, daß er weiterhin mit den genügenden Vollmachten versehen ist, um mit dem Landesrat zu verhandeln. Diese Bedingungen müssen erfüllt werden, wenn der Landesrat ein sachgemäßes und reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Regierungskommission zum Wohle der Saarbevölkerung ermöglicht werden soll. In allen Staaten wird bei den Volksvertretungen in dieser Weise verfahren.

In den verflossenen Sitzungsperioden des Landesrates ist es nun leider mehr als einmal vorgekommen, daß der Staatskommissar nicht imstande war, authentische Erklärungen im Namen der Regierungskommission abzugeben und daß die von ihm abgegebenen Erklärungen nachträglich von der Regierungskommission nicht aufrecht erhalten wurden. Auf diese Weise wurden die Arbeiten des Landesrates außerordentlich erschwert.

Wir legen großen Wert darauf, im Einvernehmen mit der Regierungskommission an der Förderung des Saargebietes zu arbeiten. Daher bitten wir die Regierungskommission, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß sowohl der Staatskommissar beim Landesrat als auch andere zum Landesrat entsandte Fachreferenten hinreichend bevollmächtigt werden, im Namen der Regierungskommission Erklärungen abzugeben und mit dem Landesrat zu verhandeln, um bei den einzelnen Gesetzesvorlagen zu einer Einigung zu kommen, die dem Wohle der Saarbevölkerung entspricht.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 I

orsitzender: Meine Herren! Diese Erklärung steht außerhalb der Tagesordnung, die die Parteien angekündigt haben. Wird zu dem Erlaß betr. Ernennung des Staatskommissars das Wort gewünscht ?

Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

r.Sender (S.P.): Meine Herren! Der Herr Staatskommissar hat seine Begrüßungsrede damit begonnen, daß ihn das Vertrauen des Herrn Präsidenten der Regierungskommission dazu berufen hat, und er hat am Schlusse seiner Rede das Versprechen abgegeben, daß sein oberstes Ziel die Förderung des Wohles der Saarbevölkerung sei. Der Herr Staatskommissar kennt gerade deshalb, weil er geborener Saarländer ist, genau die Wünsche der Bevölkerung und muß infolgedessen auch ganz genau die Aufgaben erkannt haben und wird sie auch in Zukunft erkennen müssen, die seiner harren. Wir haben nicht die Ehre, seine Persönlichkeit zu kennen und werden abwarten.

orsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

chmelzer (DSV): Wir schließen uns der Erklärung des Herrn Dr.Sender an.

Vorsitzender

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

itzender: Das Wort zur Abgabe einer Erklärung hat der Abgeordnete Kiefer !

Kiefer (Z.): Meine Herren! Seit langem wird das Saargebiet von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und von Wirtschaftskämpfen heimgesucht. Das ist eine Tatsache, trotz der stark schön gefärbten Berichte der Regierungskommission an den Völkerbundsrat. Diese Lage erfuhr eine unerträgliche Zuspitzung und höchste Verschärfung durch die Stillegung der Völklinger Werke am 15.September ds.Js. Tausende von Menschen wurden dadurch erwerbslos. Ihre Familien geraten in bitterste Not, wenn nicht bald eine radikale Beseitigung der Grundübel des Wirtschaftselendes im Saargebiet erfolgt. Soziale Fortschritte,ein Menschenalter hindurch von den breitesten Volksschichten unter Führung edler Menschenfreunde erstrebt, drohen nach kurzem Bestande verloren zu gehen. Haß und tiefgehende Verbitterung, die unseren sowieso schon zerklüfteten Volkskörper noch weiter unheilvoll zerklüften werden, werden die unausbleiblichen betrüblichen Folgen in nationaler und politischer Hinsicht für das deutsche Saarvolk schlimmster Art sein. Als verantwortungsbewußte Partei richten wir daher an alle, die es gut mit dem Saarvolke meinen, die eindringliche Mahnung, sich wieder gemeinsam um die Behebung der Grundübel unserer Saarwirtschaft bemühen zu wollen. Wir müssen mit vereinter Kraft es zu erreichen suchen, daß das Saargebiet nicht weiterhin lediglich als fette Reparationspfründe Frankreichs betrachtet wird.

(Sehr richtig !)

Ein erneutes gemeinsames Vorgehen hat allerdings zur Voraussetzung:

1. die resolute Unterdrückung etwaigen unsozialen Zielstrebens, ein ehrliches Bekenntnis zum sozialen Fortschritt, dem entsprechende Taten folgen müssen;

2. Beiseitelassung parteitaktischer Ausschlachtung der gegenwärtigen Situation.

Dem Tieferblickenden ist längst klar, daß die Behandlung des Saargebietes als fette Reparationspfründe Frankreichs die tiefste Ursache der saarländischen Wirtschaftsschwierigkeiten bildet.

(Sehr richtig !)

Diese Schwierigkeiten, mindestens ihre Behebung, haben eine Verschlimmerung erfahren durch anscheinend unsoziales oder reaktionäres Zielstreben. Dieses knüpft an die bestehenden Schwierigkeiten an, benutzte diese gewissermaßen als Deckung. Eine weitere Verschärfung wurde hervorgerufen durch die Art der Ausschlachtung durch die sozialdemokratische Partei.Heute hat sich die Auseinandersetzung fast zu einem rein persönlichen Kampfe zugespitzt. Aus dieser Atmosphäre müssen wir heraus, ehe alles zerfahren ist.

Ein offenes und ehrliches Bekenntnis zum sozialen Fortschritt nebst entsprechenden Taten ist notwendig; zumal in Anbetracht der politischen Aufgaben, die das Saarvolk gemeinsam zu lösen verpflichtet ist. Es sollte niemand vergessen, daß es keinem noch so Mächtigen gelingen wird, die soziale Kurve dauernd zurückzubiegen. Menschen , die,seitdem

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

der Achtstundentag besteht, erst richtig erfahren konnten, was Familienleben, was Teilnehmen an den Kulturschätzen bedeutet, die sich erst in der Zeit so recht ihres Menschseins bewußt wurden, werden nimmermehr auf die Dauer sich mit einer 10 - oder 12 stündigen Arbeitszeit abfinden. Gerade die besten der Arbeitnehmerschaft, die Aufrechten und Standesbewußten, werden die Träger des Kampfes zur Zurückeroberung sozialer Güter sein, sofern ein widriges Geschick ihnen solche entreißen sollte. Auch die sozialdemokratische Partei möchte den Weg zum Ganzen wieder zurückfinden. Sie nahm das Vorgehen des Völklinger Werkes zum Anlaß, aus der interparteilichen Einheitsfront auszutreten und eigene Wege zu gehen. Mag sein, daß sie damit der Agitation ihres lieben Bruders zur Linken etwas Wind aus den Segeln nimmt oder kleine Parteigeschäfte macht; aber das dürfte unbestritten sein, daß auf Grund der politischen Uneinigkeit und Bekämpfung des Saarvolkes untereinander Frankreich seine Ziele umso ungestörter verfolgen und uns allen miteinander die Haut über den Kopf ziehen kann.

(Sehr richtig !)

Bei dem entbrannten Kampfe gegeneinander schweigt auf der einen Seite der Kampf um die Beseitigung der Grundübel. Diesen Kampf müssen wir wieder gemeinsam führen. Gelingt der, dann ist der anderen Seite die Deckung zum unsozialen Handeln genommen, sofern man glaubt, daß dort bewußtes unsoziales Wollen als Ausfluß einer reaktionären Gesinnung gegeben sei. Das Ziel muß doch sein, die stilliegenden Betriebe wieder bald zugange zu bringen. Ohne teilweise oder gänzliche Behebung der Grundursachen wird das doch schwer zu erreichen sein. Es ist daher verkehrt, sich nun gegenseitig die Schädel einzuschlagen, wobei der gänzlich verschont bleibt, der eigentlich die größte Schuld an diesen Zuständen trägt- und das ist Frankreich.

(Sehr gut !)

Es darf nicht geschehen, daß die Völklinger Werke dauernd oder für längere Zeit stilliegen bleiben. Es kann nicht des politischen Strebens höchstes Ziel sein, nun in einem ziemlich gehässig gewordenen Kampfe von Volksangehörigen untereinander, nachzuweisen, wer das meiste fürs Deutschtum getan oder wer am lautesten auf die Reaktionäre schimpfen kann.

(Hört, hört !)

Damit kommt kein Hochofen in Betrieb, damit wird keinem Arbeiter Erwerb und Brot geschaffen. Soll das der Weisheit letzter Schluß sein, daß man die Erwerbslosenunterstützung, die sehr gering war, um 100 Prozent erhöhte,- also noch gering ist-, Unterbringung der erwerbslosen Arbeiter in anderen Betrieben verspricht und einige schönklingende soziale Worte prägt. Menschen die Jahre hindurch in einem Betrieb gewurzelt haben, lassen sich so leicht nicht verpflanzen; Menschen, die in wenigen Minuten ihre bisherige Arbeitsstelle erreichten, nach der Schicht im Kreise ihrer Familie sein konnten, werden sich nicht so ohne weiteres an weite Wege zur neuen Arbeitsstelle oder gar dauerndes Fernsein die Woche über von ihrer Familie gewöhnen.

Das Ziel muß daher für uns alle sein, die Werke wieder bald unter Beobachtung der alten Bedingungen in Betrieb zu bekommen. Das frommt der so schwer betroffenen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Arbeiterschaft und dem Saargebiet. Drum geschlossen heran an die Behebung der Grundübel ! Darum hinweg mit Maßnahmen und Zumutungen, die mit Recht als unsozial gekennzeichnet werden ! Soll es so schwer sein, im Interesse eines hohen Gutes, der politischen Einigkeit eines gefährdeten Volksteiles Opfer zu bringen ? Opfer auf der einen Seite dem sozialen Fortschritt, und auf der anderen Seite einer nur zeitlich kleinen Erfolg bringenden Parteitaktik.

Die Grundübel sind doch bekannt und von den Parteien der bisherigen Arbeitsgemeinschaft anerkannt. Sollen sie auf einmal nicht mehr bestehen ? Mußten wir nicht schon mehrmals wegen dieser Grundübel unsere Stimme gemeinsam erheben? Wir hatten doch schon ähnliche Lagen wie die heutige. Zuletzt noch im Frühjahr dieses Jahres, als die Eisenbahn Entlassungen androhte und vornahm, als Glashütten die Betriebe schlossen und die Dillinger Hütte ihre Arbeiter kurzerhand aussperrte. Wir haben damals die Regierung schriftlich und mündlich ersucht, alles zu tun, um die Arbeiterentlassungen zu verhindern. Mit diesen Fragen befaßte sich außerhalb der Tagesordnung der Landesrat am 19.Mai. Meine Partei verurteilte das Vorgehen der Dillinger Hütte und verlangte in einer Erklärung, daß zwecks Erleichterung der Wirtschaftslage eine Ermäßigung der Kohlenpreise erfolge, die ohne Abbau der Bergarbeiterlöhne möglich sei, Frachtermäßigungen und Kreditbeschaffung.

In diesen Forderungen war sich der ganze Landesrat einig. Die Regierung wurde damals ersucht, Verhandlungen zwischen den interessierten Kreisen einzuleiten, um zu einem die Wirtschaft entlastenden Ergebnis zu kommen. Neben diesen Forderungen forderte meine Partei die baldige Erfüllung all der sozialen Forderungen, die die christlichen Gewerkschaften am 30.April ds.Js. der Regierungskommission unterbreitet hatten. Am 7. Juni fanden Besprechungen zwischen Vertretern aller Parteien des Landesrates und der gesamten Regierungskommission statt, die ja eine Frachtermäßigung und eine Kohlenpreisermäßigung um durchschnittlich 4 Prozent zur Folge hatten. Die Kohlenpreisermäßigung bedeutete allerdings nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Das muß alles wieder in die Erinnerung zurückgerufen werden, um die Grundübel erneut zu zeigen und um zu zeigen, daß damals Einmütigkeit in dem Streben zu ihrer Beseitigung herrschte.

Weitere Beweise des Erkennens der wahren Grundübel und der Einmütigkeit in der Auffassung sind die an den Völkerbundsrat gerichteten letzten wirtschaftlichen Denkschriften:

1. Die Auswirkung der Frankenentwertung im Saargebiet vom 29. 2. 24.
2. Die mißbräuchliche Ausbeutung des Saargebietes durch Frankreich vom 9.August 1924.

Diese Denkschriften tragen die Unterschriften meiner Partei, der sozialdemokratischen Partei und der Deutsch-saarländischen Volkspartei. In der letzten Eingabe wird hervorgehoben, daß die hohen Gewinne Frankreichs aus den Saargruben als Ergebnis einer für das Saarwirtschaftsleben ruinösen Kohlenpreispolitik, die Hauptursache der saarländischen Wirtschaftsnot bildeten. In Anbetracht der Not, in der sich die übrigen Industriezweige befänden, seien diese Gewinne unangebracht und müßte - wenn nicht katastrophale Folgen eintreten sollten - die Kohlenpreise ermäßigt werden. Nebendem wird auf die gänzlich unzulängliche Steuerentrichtung der Saargruben, auf die große Kreditnot usw. hingewiesen. Durch ihre

Unterschriften

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Unterschriften haben die beteiligten Parteien bekundet, daß sie in diesen Zuständen die Hauptursachen der saarländischen Wirtschaftsnot erblickten. Eine Delegation der 3 Parteien begab sich ja auch jüngst nach Genf, um die in der letzten Denkschrift enthaltenen Fragen zu vertreten und eine Erleichterung zu erzielen. Bis dahin bestand eine einheitliche Front gegen die Ausbeutungsmethoden Frankreichs. Mittlerweile erfolgte im Saargebiet eine Maßnahme, die nach unserem Dafürhalten - gelinde gesagt - als eine sehr kurzfristige sowie in ihrer Tragweite aufs politische Leben als unüberlegte bezeichnet werden muß. Die Verwaltung der Völklinger Hütte erließ einen Aufruf, der mitteilte, daß nur dann die Stillegung der Werke zu vermeiden sei, wenn die Arbeiter ausschließlich der Feuerbetriebe entweder 10 Stunden arbeiteten oder 25 Prozent Lohnabbau hinnehmen, bei gleichzeitiger Kürzung der Löhne der Feuerarbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit um 15 Prozent und der sozialen Zulagen um durchschnittlich 25 Prozent. Sollte man geglaubt haben, diese Ankündigung würde die betroffenen Arbeiter wie ein Mann auf die Seite der Werksverwaltung bringen, und gemeinsam mit dieser für eine Ermäßigung der Kohlenpreise, für Kreditbewilligung usw. zu kämpfen, dann war das psychologischer Irrtum und eine Verkennung parteipolitischer Rücksichten. Dieses plötzliche Vorgehen der Völklinger Werksverwaltung ist zu verurteilen. Warum ? Vertreter des Volkes sind nach Genf gegangen, um gemeinsam für eine Erleichterung der Wirtschaft des Saargebietes tätig zu sein. Just in dem Augenblick, wo sie dort ankommen, erscheint die soeben gekennzeichnete Bekanntmachung. War diese geplant, dann mußte mindestens den politischen Parteien und den Arbeiterführern ganz reiner Wein eingeschenkt werden, bevor die Abreise nach Genf erfolgte. Es mußte den politischen und gewerkschaftlichen Führern des Volkes glaubhaft nachgewiesen sein, daß die gekennzeichneten Ursachen so schwer auf den Werken lasteten, daß ohne ihre Abstellung auf die Dauer eine Stillegung sich nicht vermeiden lasse. So wirkten die Bedingungen und die Art ihrer Bekanntmachung verwirrend. Die Vorgänge im sozialen und Wirtschaftsleben Deutschlands haben die Arbeiterschichten stark mißtrauisch gemacht. Die Völklinger Werksverwaltung mußte sich sagen, daß die Art ihrer Bekanntmachung und die Bedingungen die Arbeiter auf den Gedanken bringen mußten : Bestimmte wirtschaftliche Schwierigkeiten, die wir und unsere politische Vertretung gar nicht wegleugnen, werden nun benutzt, um uns um soziale Fortschritte zu bringen. Die Folge des Schrittes der Werksverwaltung war Uneinigkeit und Zerrissenheit auf politischem Gebiete. Wir können es verstehen, wenn die sozialdemokratische Partei, zumal in Berücksichtigung des bösen Bruders von links, sich unbehaglich fühlte. Aber sie durfte es nicht zu einer vollständigen Verkehrung der Front kommen lassen. Mit der Verkehrung der Front sind die Grundübel des wirtschaftlichen Elends nicht beseitigt. Entsprechen die Angaben der genannten Denkschriften der Wahrheit - und als wahr und als die Grundübel sind sie durch die Unterschriften der Parteien anerkannt - dann mußte zumindestens zwecks Erreichung einer Erleichterung eine einheitliche Front bestehen bleiben.

Wenn nun so getan wird, die Werke seien imstande, auch ohne Kohlenpreisermäßigung, ohne Kreditbewilligung und sonstige Erleichterungen, die Werke unter den alten Bedingungen weiterzuführen, dann ist das eine Verleugnung dessen, was in den Denkschriften als wahr unterschrieben wurde. Entweder haben die Werke und die Denkschriften etwas unrichtiges behauptet und eine Erleichterung der Wirtschaft im Saargebiet ist nicht notwendig, oder es bestehen große wirtschaftliche Schwierigkeiten, die zu bösen Folgen führen müssen, wenn die Abstellung nicht gelingt. Vorgehen und Verhalten

gewisser

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4 I

363

gewisser Parteien ist nun geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob die geschilderten und auch von ihnen als gegeben anerkannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten doch nicht beständen und wir es nur mit einem sozial- reaktionären Vorstoß zu tun hätten. Es ist so :

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestehen; gelingt ihre Beseitigung nicht, dann ist große Gefahr für soziale Güter im Verzuge.

(Zuruf : Sehr richtig !)

Um letzteres zu verhüten, muß im Interesse der Arbeiterschaft eine gründliche Behebung der Grundübel erstrebt werden. Bei dem Gegeneinander und Durcheinander, das jetzt besteht, ist Frankreich, das unser Gebiet nur als Reparationspfründe betrachtet, vollständig aus dem Blickfeld verschwunden. Auf der einen Seite steht Frankreich und die Kreise, die seine Interessen vertreten; auf der anderen Seite die Kreise des Saarvolkes, die Frankreich anklagen, durch seine Ausbeutungspolitik die Saarwirtschaft und das Saarvolk zum Ruin zu bringen.

(Zurufe : Sehr gut !)

Zwischen diese Fronten haben sich nun die Kreise eingeschoben, mit dem Rücken gegen Frankreich und mit der Front zu den Kämpfern für eine Erleichterung des saarländischen Wirtschaftslebens, die anscheinend Parteitaktik höher als Lebensnotwendigkeit des Saarvolkes einschätzen und nur mehr reaktionäres Wollen zu sehen glauben. Wer bei dieser Situation lachend die Hände reibt, ist Frankreich und seine Diener hier im Saargebiet.

(Zurufe : Sehr richtig !)

Es wundert uns, daß man die höflichsten Komplimente macht, wenn eine schon längst geforderte und notwendige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt, wenn einige schon seit Jahren fällige soziale Gesetze angekündigt werden, wenn die Unterbringung der Völklinger Arbeiter versprochen wird. Die Freude an diesen Taten wird doch verekelt, wenn man die Absicht berücksichtigt, aus der dies plötzliche Verhalten diktiert wird. Und was ist damit ? Der Stadt Saarbrücken und übrigen Gemeinden wird die beschlossene gemeindliche Erhöhung der Erwerbslosensätze verboten, für Notstandsarbeiten wird das Geld verweigert, die zu erfolgenden sozialen Maßnahmen- soweit sie bekannt wurden- sind so dürftig, daß man an eine Verhöhnung glaubt, die Arbeiter der Völklinger Werke bekommen in Lothringen solche Arbeitsmethoden zugemutet, die sie hier abwehren wollen, sie gehen in in Scharen laufen, weil sie die schwere Grubenarbeit bei kargem Lohn ablehnen. Es ist keine Kleinigkeit, wenn ein Schlosser, Dreher, Schmied oder Feuerarbeiter plötzlich unter Tage Wagen in engen und nassen Strecken schieben soll.

Sehen denn gewisse Kreise nicht die Gefahren, die sich daraus ergeben ? Aus der gemeinsamen Front hat sich ein fast rein persönlicher Kampf entwickelt, politisch sind wir zerrissen, die wirtschaftlichen Grundübel bestehen noch, die arbeitslosen Arbeiter werden nur ungenügend unterstützt, sie lassen sich nicht verpflanzen bei schließlich noch schlechteren Arbeitsbedingungen.

Aus dem Durcheinander und Gegeneinander müssen wir heraus. Wir bieten die Hand zum einheitlichen Handeln, zwecks Beseitigung der Grundübel. Diese sind bekannt: sie sind haarscharf

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

haarscharf herausgestellt in den genannten Denkschriften. Eine Brücke zum Handeln für die Gegenseite ist ja gegeben in der neuerdings erfolgten Ermäßigung der Ruhrkohlenpreise um 10 Prozent. Es darf nicht so bleiben, daß die hohen Bruttogewinne der Saargruben durch allerhand unnötige Ausgaben verringert werden- wie die für die ungesetzlichen französischen Schulen usw., daß die flüssigen Gelder des Saargebietes französischen Nutznießern zugute kommen usw. Hier muß der Hebel angesetzt werden. Und die Verwaltung der Völklinger Werke muß klar und unzweideutig erkennen lassen, daß sie keinen sozialen Rückschritt will, muß Entgegenkommen zeigen, damit es bald wieder zur Betriebsaufnahme in Völklingen kommt. Das muß das Ziel sein, wie Herr Schwarz von der sozialdemokratischen Partei es treffend schon zweimal gefordert hat. Nur damit wird der Völklinger Arbeiterschaft gedient und nicht mit den kleinen Palliativmittelchen, die die Regierung und Regierungsorgane zu empfehlen wissen.Und nur so wird deutscher Politik im Saargebiet gedient.

Wir wundern uns über die Fixigkeit des Herrn Präsidenten mit der er diesmal seine "demokratisch-soziale" Interessiertheit bekannt gab. Darüber wundern sich alle Arbeiter. Am meisten die Bergleute, die noch selten so schäbig behandelt wurden,wie heute unter dem Regime der Landsleute des Herrn Präsidenten.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Die kennen den Präsidenten, den die Volksstimme malt,gar nicht mehr wieder. Sie glauben aber, d aß während des Bergarbeiterstreiks der Präsident sich in seiner wahren Gestalt gezeigt hat. Aber sie sind nicht so und werden sich auch freuen,wenn ihnen Beweise der sozialen Umwandlung geliefert werden. Und als solche Beweise verlangen wir wie schon oft:

1. die sinngemäße Einführung des Reichsknappschaftsgesetzes;
2. des Betriebsrätegesetzes;
3. obligatorischer Schlichtungsinstanzen;
4. Wiederherstellung des alten Rechtszustandes betr. Streikpostenstehen;
5. Sicherung des Tarifwesens;
6. gerechte Würdigung der Bergleute bei Festsetzung der Arbeitszeit;
7. Erhöhung aller Leistungen der gesamten Sozialversicherung;
8. Erhöhung oder gänzlicher Wegfall der Drittelungsgrenze in der Unfallversicherung, kurz die Erfüllung all der Wünsche, die von den christlichen Gewerkschaften am 30. April erneut der Regierung unterbreitet wurden, die unsere Partei am 15.Mai auch zu den ihrigen erklärte und der Forderungen, die unsere Partei am 17.Juli im Landesrat erhob.

Deren baldige Erfüllung wird verlangt, auch wenn der Präsident der Regierung in Einleitungsbemerkungen zu Entwürfen so tut, als ob ihm nur Forderungen einer Partei bekannt seien.

Sehr gewundert über den Präsidenten der Volksstimme haben sich auch die Eisenbahner,Postler und sonstigen Staatsarbeiter, die mit ihren Lohnforderungen nur ein Nein hören, trotzdem Not an den Mann geht. Es muß dringend gefordert werden, daß die Beamtengehälter die notwendige Aufbesserung erfahren. Jedoch es muß dabei mehr Gerechtigkeit und soziales Verständnis herrschen. Ist die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung gegeben, dann aber auch Lohnerhöhungen bei den Eisenbahnarbeitern,Postlern und sonstigen Staatsarbeitern. Deren Lohnbemessung ist mit ein Gradmesser zur Einschätzung der sozialen Gesinnung

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Gesinnung der Regierung. Will sie haben, daß sie als demokratisch soziale Regierung von der Arbeiterschaft anerkannt wird, dann ist der Weg dazu vorgezeichnet: baldigste Erfüllung der sozial-arbeitsrechtlichen Forderungen der Arbeitnehmerschaft des Saargebietes, die 80 Prozent des Saarvolkes umfaßt und sofortige Erfüllung der Lohnforderungen der Eisenbahner, Postler und sonstigen Staatsarbeitern.

Das ist kein sozialer Geist, der aus dem Antwortschreiben der Regierung hervorgeht, daß sie unserer Partei gab auf eine Eingabe betr. Erhöhung der Einkommen der Eisenbahner. Für sonstige Zwecke ist Geld da, warum nicht auch für die Arbeiter von Staatsbetrieben.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Also her mit den sozialen Taten.

Zur Erhaltung einer existenzfähigen Landwirtschaft im Saargebiet ist eine weitgehende Unterstützung deren Forderungen geboten. Vor allem ist notwendig eine ungehinderte Zufuhr von erstklassigem deutschen Saatgut, zumal in Anbetracht der schlechten Körner- und Kartoffelernte. Ferner ist dringend notwendig die Bereitstellung von Krediten zu ermäßigtem Zinsfuß und steuerliche Erleichterung. Notwendig ist, daß dem französischen Militär Anweisung gegeben wird, bei Märschen, Übungen usw. die Straßen nicht für sich allein zu beanspruchen.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Zum Schlusse ! Zerstören wir nicht alle Brücken, die zu einer erneuten Einigkeit in politischen Lebensfragen führen. Unsere bisherige Stärke in Genf war die Einigkeit, die uns alle umschlang. Sie ist durch die gekennzeichneten Vorgänge zerstört. Wir hoffen, daß die Störung nur vorübergehender Art ist. Unser politisches Wollen, das die Erhaltung des Saarlandes dem deutschen Mutterlande zum Ziel hat, muß gepaart und veredelt sein durch tiefempfundenes soziales Wollen, das zum Ziel hat, die Arbeiterschaft kulturell zu heben und zu einem gleichwertigen und gleichberechtigten Gliede unseres Volksganzen zu machen. Das ist die Plattform, von der aus wir als einiges Ganzes für die Interessen unseres heißgeliebten Saarlandes gemeinsam kämpfen können.

Ich frage den Herrn Regierungsvertreter, wie es kommt, daß in der Presse schon Verordnungsentwürfe veröffentlicht werden können, die den Mitgliedern des Landesrates noch unbekannt sind?

(Bravo- Rufe !)

itzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim !

tskommissar Dr.Heim : Meine Herren! Herr Kiefer hat an mich die Frage gerichtet, wie es komme, daß Regierungsentwürfe bereits in den Zeitung eine Veröffentlichung erfahren haben, ohne daß sie dem Landesrat vorlagen. Ich bin in der Lage, Ihnen eine restloses Erklärung abgeben zu können.

Die Regierungskommission hat den Verordnungsentwurf betr. gesetzliche Verankerung des Achtstundentages in ihrer letzten Sitzung gutgeheißen und beschlossen, denselben dem Landesrat vorzulegen. Es wurde die in Frage kommende Abteilung beauftragt, unverzüglich die erforderlichen Exemplare dem Landesrat zugänglich zu machen. Es ist lediglich die Tatsache zu verzeichnen, daß der auf die Sitzung der Regierungskommission folgende Tag ein Samstag war und der freie Samstag Nachmittag hat es mit sich gebracht, daß Ihnen der Verordnungsentwurf

noch

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

noch nicht zugegangen ist. Der Verordnungsentwurf geht Ihnen in aller Kürze zu.

(Zuruf Kiefer: Wie bekamen ihn die Zeitungen?)

Wenn die Regierungskommission beschließt, einen Verordnungsentwurf an den Landesrat zu geben, so hat sie keinen Grund, diesen geheim zu halten.

(Zuruf Kiefer: Was ist der Grund, daß ihn die Zeitungen zuerst bekamen ?)

Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben.

Dann hat Herr Kiefer hervorgehoben, daß soziale Maßnahmen der Regierungskommission sehr spät und spärlich kommen. Bei Gelegenheit der Vorlage betr. den Achtstundentag möchte ich Ihnen mitteilen, daß sich die Regierungskommission bereits seit längerer Zeit mit einer Verordnung betr. Errichtung einer Arbeitskammer beschäftigt. Diese Vorlage sollte ebenfalls jetzt schon den Mitgliedern des Landesrates zugehen, ist aber zuerst noch den Gewerkschaften zur Stellungnahme übersandt worden. Die Gutachten der Gewerkschaften sind noch nicht alle eingelaufen und es ist erst möglich, wenn diese Gutachten eingegangen sind und das Material bearbeitet ist, Ihnen den Entwurf zugehen zu lassen.

Desweiteren hat der Herr Vorredner den Standpunkt vertreten, daß die Erwerbslosenunterstützung einer Kritik bedarf. Die Erwerbslosenunterstützung fällt in das Gebiet, das ich bearbeite und als Fachmann kann ich Ihnen von meiner Tätigkeit berichten, daß wir uns mit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, soweit sie sich auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen bewegt, beschäftigt. Es wurde der Entwurf mit Rücksicht darauf, daß die finanziellen Lasten der Gemeinden nicht klar genug waren, nicht weitergegeben. Erst nachdem die Finanzlage des Gebietes übersichtlich geworden war, konnte man an eine Erhöhung der Sätze denken.

Es wurde weiterhin zum Ausdruck gebracht, daß der Stadt Saarbrücken verboten sei, einen 100 % igen Zuschlag zu geben. Meine Herren, das ist richtig. Die Begründung ist dem Bürgermeister genau gegeben worden. Es betrifft dies das Gebiet, was ich als Fachreferent zu bearbeiten habe. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge hat das Gesetz genaue Bestimmungen vorgesehen, in welcher Weise Staat und Gemeinde mitwirken. Die Gemeinden zahlen einen Anteil der ausgezahlten Unterstützungssätze. Durch die Erhöhung der Erwerbslosensätze und andererseits durch die lokale differenzierte Finanzlage der Gemeinden, war es nicht möglich, den Gemeinden zu gestatten, Aufwendungen zu machen, die für sie über den Rahmen hinausgehen. Die Finanzlage der Stadt Saarbrücken ist außerordentlich angespannt und es könnte im Hinblick, daß andere Gemeinden nicht in der Lage wären, der Stadt Saarbrücken zu folgen, nicht zugelassen werden.

Weiterhin ist gesagt worden, daß die Fürsorge für die Landwirtschaft bei der heutigen Lage auch zu wünschen übrig läßt. Ich kann Ihnen hier eine definitive Antwort über die Maßnahmen, die die Regierungskommission beabsichtigt, nicht geben, kann aber erklären, daß zur Klärung der Verhältnisse Schritte im Gang sind.

Ferner ist die Frage der Besoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter angeschnitten worden. Auch hier sind die Verhandlungen in Fluß und das Ergebnis wird binnen kurzem bekannt werden.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

r.Sender (S.P.): Meine Herren! Ich bin nicht in der Lage wie der Herr Kiefer getan hat, dem Feinde den Tod zu bereiten. Das ist nicht meine Art. Dasjenige, was er zuletzt-- offenbar die Krone der Schöpfung seiner Rede- vorbrachte, war die Anfrage an die Regierung, wie es kommt, daß die Verordnung in der heutigen Volksstimme steht, die wir in den nächsten Tagen zu behandeln haben werden. Zunächst die Ernennung des Herrn Dr.Heim zum stellvertretenden Staatskommissar, war einige Tage früher in der Landeszeitung und ich darf auf Grund dieser Zeichen fragen, haben Sie dieselben faulen Beziehungen zur Regierungskommission wie wir ?

(Große Unruhe- Lachen- Zurufe wie: Das Gepolter ist wirklich nicht nötig uam.)

Wenn die Saarbrücker Zeitung sagt, daß die Volksstimme faule Beziehungen zur Regierung habe, so beweisen Ihre ganzen Angriffe viel weniger Kühnheit als Feigheit. Wir haben beim Büro des Arbeitsamtes angefragt, wo die Vorlage bleibe. Darauf wurde uns geantwortet, daß die technischen Schwierigkeiten so groß seien, daß die Vorlage noch nicht ins Plenum kommen kann. Wir haben die Regierung angefragt, wo die Vorlage bleibt, oder haben wir nicht das Recht, die Regierung zu fragen. In einen Kreis der Verdächtigungen einzutreten, wie Herr Kiefer es getan hat, weisen wir zurück. Muten Sie vielleicht Herrn Röchling zu, daß er die Vorlage betr. des Achtstundentages herbeizieht ?

(Zuruf: Das Gepolter ist zwecklos !)

Das darf ich auch Herrn Kiefer sagen, wenn Ihre Hand derartige vergiftete Pfeile abschießt, so arbeiten Sie nicht als Partei der Mitte. Das war ungeschickt. Man hat uns heute durch Herrn Kiefer in etwas verblümten eigentlich verschämten Worten den westlichen Kurs vorgeworfen.

Meine Herren! Das ist eine Verschiebung der Front. Das lautet auf den Grundsatz hinaus : Haltet den Dieb ! Wir wissen,daß der Dieb- in Gänsefüßchen- Herr Röchling ganz wo anders sitzt. Weil die Sozialdemokratie eigenmächtig vorgegangen ist, soll sie in den westlichen Kurs geraten sein. Ich habe schon einmal gesagt, wenn eine derartige Ausrede oder Verleumdungsfeldzug vielleicht Kühnheit verrät,verrät er auch ein gewisses Teil von Anmaßung. Was hat die Sozialdemokratie getan ? Ich weiß nicht, ob die Rede des Herrn Kiefer eine Anklagerede gewesen ist und noch aus dem Munde eines Mannes,der aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist.

(Zuruf Betz: Und selbst von Röchling gemaßregelt wurde.)

Sie werden meine Erregung verstehen, nachdem Herr Röchling den Zehnstundentag verlangt hat.

(Große Unruhe)

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zwischenrufe und ein Teil der Rede unverständlich)

Meine Herren! Ich habe die Frage aufgeworfen, was die Sozialdemokratie getan hat. Ich habe gesagt, Herr Röchling hat den Zehnstundentag verlangt und ich möchte den Meister der Interpretation sehen, der daran zweifeln würde. Herr Röchling

hat

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 1

hat gerührt an einem Problem, das seit Jahrzehnten Heiligtum der Sozialdemokratie gewesen ist. Die bürgerliche Presse sagt, daß wir den westlichen Kurs steuern würden. Ich weiß nicht, ob sich diese Leute Ihrer Verantwortung bewußt gewesen sind. Der Regierung haben wir zugerufen, tue deine Pflicht !. Das möchte ich nicht leugnen. Bei der Abstimmung über die Vorlage mögen Sie, Herr Schmelzer,zeigen, ob Sie ein begeisterter Freund des Achtstundentages sind. Teilweise hat die Regierungskommission ihre Pflicht nicht getan, indem sie den Gemeinden untersagt hat, die Zuschüsse ann Gemeindeunterstützung zu leisten. Wir verlangen von der Regierung, daß sie aus dem Staatssäckel ein so reichliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gewährt, als wenn die Leute bei der Arbeit ihren Lohn empfangen hätten. Ferner verlangen wir von der Regierung,ich beschränke mich auf das Problem, um welches es sich handelt, daß sie Maßnahmen ergreift,um diesen Betriebsstillegungen willkürlicher Natur ein Ende zu bereiten. Es ist immer so, wenn irgendwo eine Last zu verteilen ist, sucht man sich den Arbeiter aus, ob es sich um Krieg,passiven Widerstand udglm.handelt. Immer der Arbeiter. Meine Herren! Wer uns kennt, sollte so viel Vernunft im Schädel haben, daß er sich sagt, unsere Vergangenheit ist eine derartige gewesen, daß ein derartiger Vorwurf zum mindesten außerordentlich kühn und anmaßend ist.

Meine Herren! Wir hatten eine Notverordnung. Ich weiß nicht, wer am meisten gezittert hat vor dieser Verordnung. Die Sozialdemokratie hat das Zittern nicht am Leibe gehabt. Die Sozialdemokratie hat ihre Pflicht getan.

(Zuruf Levacher: Wir nicht ?)

Das bestreite ich nicht. Ich stelle fest, daß derjenige ein trauriger Verleumder ist, der.....

(Unruhe beimm Zentrum,deshalb der Satz nicht ganz verständlich.)

(Schelle des Vorsitzenden)

Unser Gedächtnis ist genau so frisch, wie das Ihrige. Wir wissen uns zu erinnern.

(Sehr richtig bei den Sozialdemokraten)

Dann darf ich Ihnen noch zum Schluß sagen,meine Herren,daß unsere Kraft, die Kraft der Sozialdemokratie,dem Saarvolk gewidmet ist, im Sinne des Selbstbestimmungsrechts. Diese Sozialdemokratie ist und bleibt dieselbe, bis das Schicksal 1935 entschieden haben wird,.Sie wird wachen und zum Siege verhelfen.

(Zurufe: Sehr gut !)

Ich weiß nicht, ob jemals ein Vorwurf, wie er uns angetan worden ist, das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Ich habe gefragt, was haben wir verlangt ? Wir haben den Achtstundentag verlangt . War das ein Verbrechen ? Selbstverständlich mußte die ganze Sachlage, weil die Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hat, in irgend einer Form umgelegt werden. Meine Herren! Wir haben den Achtstundentag verlangt. Herr Röchling hatte auch einmal den Achtstundentag verlangt, ob er das mit Ernst getan hat, mag er uns erklären. Ich

erinnere

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

erinnere den Herrn Röchling an eine Wahlversammlung in Güdingen.

(Zuruf Röchling: Jawohl !)

In dieser Wahlversammlung hat er gesagt, daß Herr Stinnes der größte politische Idiot sei, weil er die Beseitigung des Achtstundentages verlangt hat. Als ich dann das Programm der Sozialdemokratie entwickelte und gesagt habe, es würde einen unversöhnlichen Kampf geben, wenn an den Achtstundentag Hand angelegt würde. Bei dieser Gelegenheit versuchte Herr Röchling den Saal zu verlassen und hat mir noch zugerufen, daran denke ich nicht. Meine Herren! Ich kenne mich nicht aus in der Philologie des Herrn Röchling. Ob ihm jemals darum zu tun gewesen ist, das hohe Lied, das die Sozialdemokratie seit 1856 bezüglich des Achtstundentages gesungen hat, ob er dieser Melodie jemals gelauscht hat oder hat lauschen wollen. Und das sage ich allen Parteien, haben Sie jemals verstanden, welchen Urquell der sozialen Frage, welches Problem der Achtstundentag darstellt ? Das Grund-und Ecksteinproblem der Zukunft. Hat jemals eine Überlegung Platz gegriffen, daß es viel christlicher ist, jemand 8 Stunden als 10 Std. arbeiten zu lassen. Meine Herren! Über den Achtstundentag wird noch zu reden sein. Ich gestatte mir, mich in der Beziehung kurz zu fassen. Eines möchte ich sagen, wir lassen es nicht zu, daß das Thema von dem ersten Redner verschoben wird. Das Thema ist und bleibt Achtstundentag.

(Zuruf: Sehr gut !)

Wenn man den Achtstundentag beseitigt, dann bedeutet das die Fernhaltung der Politik. Ich möchte wissen, wenn der Mann 2 Stunden mehr arbeiten muß, an welchem Tage er sich seiner Gewerkschaftsarbeit widmen soll oder glaubt vielleicht Herr Röchlirg, daß der Tag 36 Stunden hat. Wir verlangen für den Arbeiter, daß er Muse hat nach getaner Arbeit und wir betrachten den Achtstundentag als maximalen Arbeitstag. Wir wünschen, daß sich der Arbeiter um Politik bekümmert und sich weiter ausbildet. Er hat Anspruch darauf an Kursen, an bildenden und Kunstveranstaltungen teilzunehmen. Ihm muß Gelegenheit geboten sein, sich durch Turnen seinen Körper zu stählen. Ich könnte die Reihe der Fälle zu einer Legion anwachsen lassen. Meine Herren! Es bedeutet der Achtstundentag für die Arbeiterschaft die Erhaltung seines einzigen Kapitals, denn der Arbeiter hat nichts als seine Arbeitskraft und er hat Anspruch darauf, daß seine Arbeitskraft geschont wird. Bei achtstündiger Arbeitszeit lebt der Arbeiter länger und er schuftet sich nicht so ab. Seine Leistungsfähigkeit bleibt ungetrübter. Ich möchte wissen, wann sich der Arbeiter nach zehnstündiger Arbeit noch mit seiner Frau unterhalten kann und seine Kinder erziehen soll. Morgens sieht man sich nicht, weil Frau und Kinder schlafen. Der Achtstundentag ist ein Eheproblem. Deshalb, meine Herren, möchte ich Sie bitten, auch von dieser Seite den Achtstundentag als Eheproblem und Erziehungsproblem zu betrachten. Ich werfe die Frage auf, mußte die Lösung so stattfinden, daß eine solche Gewalt angetan werden mußte? Mußte dann nicht Herr Röchling sagen, daß ein gewisses Verständnis erweckt werden könnte und wenn er darauf hingewiesen hätte, es handelt sich nicht um mein Schicksal, sondern es handelt sich auch hier um das Schicksal der Arbeiterschaft, dann hätte sich kein Arbeitervertreter ferngehalten.

Auf die sonstigen Fragen, die die Presse aufgeworfen hat bezgl. der Beziehungen zum ausländischen Kapital oder

Angebote

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Angebote des Herrn Rault, werden wir noch eingehen, wenn sich die Gelegenheit hierzu bietet. Eins darf ich sagen, außerordentlich verletzt hat uns die Art und Weise, wie man die Arbeiterschaft bei dieser Gelegenheit überrumpelt hat. Wir hoffen nicht, daß am 1.Oktober die Entlassungen der Schwerkriegsbeschädigten stattfinden werde. Man ist der Auffassung gewesen, eine derartigs Maßnahme kommt nicht in Frage. Ich verstehe nicht, daß Herr Kiefer gesagt hat, daß wir Parteipolitik treiben und getrieben hätten. Ich nehme an, daß er seine Meinung revidieren wird.

Zu Anfang meiner Ausführungen habe ich Ihnen gesagt, daß man seitens des Herrn Röchling an einem Problem, das ein heiliger Bau, der Hauptgrundstein zu einem heiligen Bau für uns gewesen ist, gerüttelt hat. Man hat das Fundament angegriffen, den ganzen Bau angegriffen, auf dem die Zukunft der Arbeiterschaft steht. Wir haben deshalb, auch das sage ich der liberalen Volkspartei, die Zusammenarbeit unmöglich gemacht. Ich habe schon in der vorigen Landesratssitzung gesagt, daß es einen unverantwortlichen Kampf abgebe, wenn jemals Hand an den Achtstundentag gelegt würde. Das kann sich die liberale Volkspartei merken. Wir weisen es deshalb entschieden zurück, daß wir, was ja nur eine billige Ausrede ist, als die Zerstörer dieser gepriesenen Einheitsfront betrachtet werden. Wir können eigentlich nicht umhin, zu sagen, daß an dieser Stelle eine Parallele gezogen werden darf zwischen Herrn Rault und Herrn Röchling in folgenden zwei Fällen: Eines Tages hat der Herr Rault, von dem ich nicht glaube, daß er sich gewechselt hat, und von dem ich nicht glaube, daß der liebe Gott mehr Freude habe an einem reuigen Sünder als an 99 Gerechten, die der Buße nicht bedürfen, von dem ich das alles nicht glaube, und von dem die Volksstimme das auch nicht glaubt. Von diesem Herrn Rault kann man nicht sagen, daß er sich wohl auch sehr lebhaft changiert haben wird. ich glaube es in diesem Falle nicht. Weder ich noch die Volksstimme, noch die Partei werden vergessen, was er getan hat und werden jemals den Kampf gegen das Übel, das er uns angetan hat, aufzugeben in der Lage sein und gewillt sein. Dieser Herr Rault- gestatten Sie, daß ich meinen Satz zu Ende führe- hat eines Tages die Notverordnung erlassen und glaubte dann sogar, die hohe Flut in der Politik angetreten zu haben. Er ist von dieser hohen Flut mit sehr lendenlahmen Flügeln zurückgekehrt. Wir haben ihm- ich persönlich- auch in diesem Falle eines Tages den heißen Dank dafür ausgesprochen, daß er sich soweit vorgewagt hat, und daß er der Schöpfer des Saarproblems in dem Sinne geworden sei, daß endlich einmal die Welt auf eine derartige Gewaltmaßnahme aufmerksam geworden sei, auf das Schicksal des Saargebietes, und daß auch Herr Röchling nicht rührt an einem Problem, indem er- er wird es nachher bestreiten- den Zehnstundentag gefordert hat. Und Herr Röchling ist der unfreiwillige Schöpfer des Achtstundentages geworden. Ich habe Herrn Rault meinen heißen Dank ausgesprochen, gestatten Sie Herr Röchling, daß ich das Gleiche bei Ihnen tue.

(Bravo- Rufe der Sozialdemokraten)

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard !

nhard (K.P.): Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich mich Ihnen zunächst als eins der Opfer der "sozialdemokratischen Regierungskommission" vorstelle.

(Lachen- Unruhe)

Ich bin nämlich vor kurzem aus Urlaub von der Lerchesflur zurückgekommen.

(Lachen) Zuruf Dr.Sender: Sie sind wohl ein Opfer Ihres Blödsinns geworden!)

Zu der Frage, wie sie hier bisher zur Debatte stand, nämlich die Frage der Hochzeit zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten, haben wir nach unserer Auffassung nur die Meinung, daß der werbende Bräutigam in Gestalt der Zentrumspartei an die Hochzeit die Bedingung knüpft, daß der Herr Röchling dabei Pate stand. Die umworbene Braut in Gestalt der Sozialdemokraten ist dagegen der Auffassung, daß die Regierungskommission den Paten spielt. Das ist unsere Auffassung über den Streit der zerbrochenen Einheitsfront und um die Wiederverheiratung der in Frage kommenden Parteien. Wir möchten uns aber insbesondere einmal um die Ursachen und um die Gründe der Stillegung der Betriebe von Röchling einmal näher befassen, was die beiden Vorredner nicht getan haben. Herr Röchling gibt in seinen Plakaten an, die Kohlen sind zu teuer, die Löhne sind zu hoch, die Arbeitszeit ist zu kurz, kurzum die Gesteheungskosten sind zu hoch. Um dieses abzuändern, müssen sich die Arbeiter dazu bequemen, 10 Stunden zu arbeiten. Sie werden dann vielleicht denselben Lohn bekommen, wie bei 8 Stunden. Deshalb auf gut Deutsch, Herr Röchling verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß der Stundenlohn der Röchling,schen Arbeiter reduziert wird. Er verlangt es und das geht daraus hervor, daß bei 10 Stunden Arbeitsleistung nicht mehr Lohn gezahlt werden soll, wie bei 8 Stunden. Das sind die Ursachen, die Herr Röchling angibt, die ihn gezwungen haben, seine Betriebe zu schließen. Nebenbei sagt er noch, daß er schon auf Grund seines guten Herzens für seine Arbeiterschaft in den vergangenen Monaten 25 Millionen Franken eingebüßt hat. Inwieweit diese Behauptungen des Herrn Röchling auf Tatsachen beruhen, das mag dahingestellt sein. Auf jeden Fall steht fest, daß die Konzerne in den Nachkriegsjahren und besonders in den Kriegsjahren, ganz besonders der Konzern Röchling, ungeheuere Gewinne geschaffen haben, auf Kosten der Arbeiterschaft. Der Mehrwert, der durch die Arbeiter geschuftet wurde, wurde genau so, wie es auf der anderen Seite die Grubenverwaltung tut, in anderen Unternehmungen im In- und Auslande angelegt. Diese Tatsachen stehen für uns fest. Die Ursachen, wie wir sie sehen betreffs der Stillegung der Röchling,schen Werke sind folgende:

Erstens einmal hat das kapitalistische Europa sich in London vereinigt.

(Zuruf Kiefer: Dazu gehört auch Rußland!)

Darüber reden wir noch, Herr Kiefer. In London haben sie sich vereinigt und haben beschlossen, daß die Arbeiter in Europa, die den Krieg geführt haben, diesen Krieg auch bezahlen sollen. Und zwar hat dies kein anderer verlangt, wie der Geldgeber des Krieges,die amerikanische Finanzhyäne. Und dazu haben die Parteien, die hierher kommen und schreien immer wieder von

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 I

der Erhaltung des Deutschtums an der Saar, ihre Zustimmung gegeben, daß die deutsche Nation eine Kolonie der Ententestaaten geworden ist.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig !)

Lesen Sie das Reichsgesetzblatt, das vor einigen Wochen veröffentlicht wurde. Dort haben Sie alle, wie Sie sich hier zanken und streiten, Ihre Zustimmung im Reichstag gegeben, daß die deutsche Nation nichts anderes mehr ist, wie ein Ausbeutungsobjekt, wie das Saargebiet es schon war auf Grund des Vertrages von Versailles.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig !)

Die Kommissare der Eisenbahn, der Banken und insbesondere der Steuern haben das Recht, mit der deutschen Nation und mit der deutschen Arbeiterschaft nach ihrem Gutdünken zu verfahren, wie sie es für richtig befinden. Ich bewundere Ihre Kühnheit, meine Herren, wie Sie nach diesen Tatsachen hierher kommen und faseln immer wieder von der Erhaltung des Deutschtums an der Saar. Das ist eine der Ursachen, die Herrn Röchling dazu geführt haben, den Angriff auf den Achtstundentag zu unternehmen. Die Freunde des Herrn Röchling in Deutschland haben den Achtstundentag schon in vergangenen Wochen und Monaten mit Hilfe der Sozialdemokraten und aller übrigen Parteien abgeschafft. Sie haben das Ermächtigungsgesetz geschaffen, sie haben die Arbeiter niedergeknüppelt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben in vielen Fällen den Überschichten und Überstunden im Ruhrgebiet zugestimmt. Heute liegen 80 000 Ruhrarbeiter auf der Straße. Und jetzt kommen die Herren Sozialdemokraten hierher und beteuern, daß das Heiligste der Achtstundentag sei.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Eine andere Frage, die nach unserer Auffassung den Herrn Röchling gezwungen hat, in diesem Moment den Angriff zu unternehmen, war die, meine Herren von der interparteilichen Vereinigung, die nun eigentlich keine Vereinigung, sondern heute eine Veruneinigung darstellt, Sie haben sich von Herrn Röchling mal so richtig durch den Bach ziehen lassen. Herr Röchling hat Sie mitgenommen nach Genf und hat Ihnen erzählt, daß er dort mit Ihnen das Deutschtum schützen wollte. Er hat Ihnen aber bei dieser Gelegenheit nicht gesagt, was er in seinem Innersten mittrug, bei dieser Gelegenheit das Deutschtum dergestalt zu schützen, daß er den Angriff gegen die ihn konkurrierenden französischen Konzerne zu unternehmen gedachte. Der Schlag des Herrn Röchling war nach unserer Auffassung in dem Moment so gedacht, daß der Völkerbund in Genf vor Schreck umfallen würde, wenn Herr Röchling drohen würde, im Saargebiet wird der Achtstundentag abgeschafft, weil die französische Bergwerks erwaltung ihre Kohlen zu teuer verkauft. Herr Röchling, Sie haben keinen Grund dazu, wir haben uns öfter schon darüber unterhalten. Bei dieser Gelegenheit haben sich die Herren der veruneinigten interparteilichen Vereinigung

(Lachen bei den Kommunisten)

richtig von Herrn Röchling nasführen lassen. Nun steht die Frage so, heute stehen wir vor der Tatsache, die Röchling,schen Arbeiter liegen auf der Straße. Die Sozialdemokraten glaubten in diesem Moment, Hilfe bei der "sozialdemokratischen" Regierung zu suchen betreffs des Achtstundentages, und der Sprecher

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

der Sozialdemokratie sagte eben: " Wir nehmen Hilfe her, wo sie herkommt." Ob aber diese Hilfe, wie sie hier gegeben wurde, nich etwa zu denken geben muß.

(Zuruf aus dem Zentrum: Sehr gut !)

Die"Volksstimme" hat geschrieben, daß sich die Regierungskommission ganz gewaltig geändert habe. Der Sprecher der Sozialdemokraten bestreitet dieses. Die " Volksstimme" schrieb wörtlich, - ich habe sie hier-, als sie ihre Besprechung mit Herrn Rault abhielt, da schrieb die große politische Kanone von der S.P.D.

(Lachen beim Zentrum und bei den Kommunisten.)

"Die sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat alle Ursache, mit diesem Erfolg ihres Vortrages zufrieden zu sein. Sie steht auch nicht an zu erklären, daß sie dem entschlossenen und tatenbereiten Willen der Regierungskommission,wie es aus den Worten des Präsidenten sprach in der Sache der bei Röchling Ausgesperrten, ihre volle Unterstützung leihen wird."

(Hört, hört !" bei den Kommunisten.)

Was heißt das ? Ich glaube nicht, daß die Herren von der sozialdemokratischen Fraktion im Ernst glauben, daß die Regierungskommission uns den gesetzlichen Achtstundentag geben wird,wie die gesamte Arbeiterschaft des Saargebietes ihn verlangt. Dieses hat selbst Herr Rault bestätigt in der fraglichen Sitzung auf dem Schloßplatz,wo alle Parteien vertreten waren. Auf meine diesbezügliche Anfrage hat Herr Rault selbst gesagt:" Der Achtstundentag,den wir zum Gesetz machen wollen, der muß die Frage offen lassen, daß es den Unternehmern gestattet ist, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten länger wie 8 Stunden arbeiten zu lassen." Die Herren werden sich noch alle darauf entsinnen können. Darüber sind wir uns doch klar, die Unternehmer haben immer wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ich habe noch niemals einen Unternehmer kennen gelernt, der etwas verdient hat, und wenn es der kleinste Unternehmer war. Sie haben stets minus gemacht, sie haben nur aus Gnade und Barmherzigkeit die Arbeiterschaft beschäftigt. Und Sie von der Sozialdemokratischen Partei, wenn Sie darauf gewartet haben, daß die Regierungskommission uns den Achtstundentag gibt, wie wir ihn haben wollen, dann wird man mit unseren Knochen noch Äpfel von den Bäumen werfen. Darüber bin ich mir klar. Aber das soll nicht sagen,Herr Röchling, daß wir vielleicht Hilfe von Ihnen bekämen betreffs des Achtstundentages, Wir wissen ganz genau, daß Sie Holz sind von dem Holz der französischen Kapitalisten.

(Zuruf der Kommunisten: Sehr gut!)

Wenn Sie sich gegenseitig auch einmal in die Haare gefahren sind. Ich glaube, auch dort bei Ihnen wird die Hochzeit kurzerhand bevorstehen, und dann werden Sie gemeinsam mit Herrn Rault, der der Vertreter der französischen Konzerne hier ist, gegen die Arbeiterschaft auffahren. Wir haben die Hilfe der Regierungskommission so betrachtet. Die Regierungskommission hat logischerweise die Aufgabe, das Saargebiet zu annektieren.Die Regierungskommission ist die Vertreterin der französischen Schwerindustrie. Sie ist hierher gekommen, um diese Interessen zu wahren. Sie haben aus diesem Grunde ohne weiteres den Kampf der Arbeiter gegen die Röchling-Konzerne unterstützt,

weil

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

weil sie logischerweise diese Konzerne auf Grund ihrer politischen Aufgaben an sich reißen wollen. Aber auf der anderen Seite hat Herr Röchling mit seinem Konzern die deutschen Unternehmer im Bergarbeiterstreik aus denselben Motiven behandelt. Darüber sind wir uns klar und die Faseleien der Zentrumsgewerkschaften von politisch neutralen Streiks sind für uns nicht stichhaltig. Das sind Faseleien, die man in der Zentrumsschule immer wieder vorbringt. Jeder denkende Arbeiter weiß, daß jeder Kampf, der geführt wird, politisch ist.

Was haben wir nun zu sagen zu diesem Kampf. Wir hätten uns gefreut, wenn die Sozialdemokratie die Konsequenz gezogen hätte bei ihrem Austritt aus der Röchling Koalition. Der Achtstundentag ist ein Heiligtum der Arbeiter. Er gilt deshalb nicht allein für die Röchlingschen Arbeiter, sondern für die Arbeiter des ganzen Saargebietes. Es war notwendig, auf dem schnellsten Wege den Generalstreik zu proklamieren und zu organisieren und alles hier im Saargebiet brach zu legen, und einmal zu zeigen, daß die Arbeiter gewillt sind, den Achtstundentag zu wahren. Das war die Frage, die von unserem Standpunkt aus unbedingt notwendig war.

(Zuruf Hoffmann: Dann hätte Röchling aber gelacht!)

Eine andere Frage. Sie werden sich entsinnen, daß die Eisenbahner zum Beispiel schon monatelang im Kampfe stehen um eine bessere Bezahlung. Dieser Kampf wurde bisher so geführt von der Regierungskommission, daß man die in Frage kommenden Arbeiter an der Nase herumgeführt hat. Man kommt auf der einen Seite und sagt: unser Kurs ist demokratisch-sozial. Man handelt danach, indem die Herren Minister sich ihr Gehalt erhöhen von 100 000 auf 125 000 Franken, indem Herr Rault sein Gehalt erhöht von 150 000 auf 185 000.-Franken. Das ist die Tätigkeit der Regierungskommission. Die hungernden Arbeiter läßt man ruhig immer wieder Eingaben machen. Aber man gibt ihnen nichts, man vertröstet sie immer wieder auf kommende, schönere, bessere Zeiten. Damit ist uns aber nicht gedient.

Ich habe auch noch einmal besonders mit den Herren vom Zentrum zu reden.

(Zuruf Kiefer : So !")

Sie werden sich alle entsinnen können, daß in der letzten Legislaturperiode wir einen Antrag einbrachten bei der Beratung der Kriegsbeschädigten Vorlage, daß 50 Prozent auf die damaligen Sätze aus der Landeskasse hinzuzuzahlen seien. Sie haben damals, ich nehme an, mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die hier waren, unserem Antrag stattgegeben. Aber, meine Herren, wie sieht es denn aus mit der Durchführung dieses Antrages, wo doch der Herr Koßmann, dieser prominente Vertreter des Zentrums, in der Regierungskommission dieses Ressort verwaltet. Die Kriegsbeschädigten hat man bisher genau so wie die Eisenbahner an der Nase herumgeführt. Im Reich sind ab 1.August diese 50 Prozent, die wir damals verlangten, durchgeführt worden. Den armen hungernden Kriegsopfern hier im Saargebiet hat man noch nicht das gegeben, was ihnen ab 1.Dezember zustand. Auch ein Akt der demokratisch-sozialen Regierungskommission.

Dann hätte ich bei dieser Gelegenheit noch etwas anderes zu erwähnen. Das ist eine Frage, die ich besonders dem Herrn Staatskommissar empfehlen möchte. Wir haben in unserer Lohnsteuer, in unserer famosen Lohnsteuer, mit deren Hilfe man den Arbeitern den Lohn stiehlt, einen Paragraphen drin, in dem es heißt, daß die Dissidenten ein Elftel ihrer Steuer

zurückerhalten

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

375

zurückerhalten sollen. Trotz dieses Paragraphen können die Dissidenten dieses eine Elftel nicht bekommen; man gibt ihnen es einfach nicht. Wir verlangen endlich, daß man den Leuten ihr Geld wieder gibt, das man ihnen zu Unrecht gestohlen hat.

(Sehr richtig !, bei den Kommunisten)

Wir haben keine Ursache, die Organisationen der Kirchen zu bezahlen; die sollen ihre Angestellten selbst bezahlen. Wir verwahren uns gegen derartige Maßnahmen, wie sie von der demokratisch-sozialen Regierungskommission geübt werden.

Dann noch die Frage der Abschickung der Röchlingschen Arbeiter nach Lothringen. Ich habe mich gewundert, daß die Regierungskommission auf einmal so gewaltige, so glänzende Verbindungen mit den lothringischen Kohlenkönigen hat. Als wir im vorigen Jahre den Streik führten um die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die 30 und 40 Jahre geschuftet haben bei de Wendel, daß man ihnen endlich die gleichen Renten gibt, wie den Rentenempfängern Lothringens, da hat man die Arbeiter einfach aufs Straßenpflaster geworfen. Heute bekommen sie noch nicht ihre Renten, wie sie ihnen zustehen. Wir haben schon Dutzende Eingaben an den Völkerbund gerichtet,

(Zuruf Kiefer: Ihr auch !)

auch an die deutsche Regierung, aber bis heute hat man uns noch keine Antwort gegeben. Bis heute sind sie nicht mehr in ihre Arbeit gekommen. Der Herr Präsident hat gesagt, er hätte keine Verbindung mit den lothringischen Kohlenbaronen. Nun hat er wunderbarerweise Verbindung. Logisch war die Politik der Regierungskommission nichts anderes, als wie ich sie geschildert habe, der Kampf, um diese Röchling-Konzerne an sich zu reißen. Die Saararbeiterschaft ist aufgrund dieser Zustände, aufgrund des Raubvertrages von Versailles dazu verurteilt, daß die französischen und deutschen Kapitalisten hier auf ihrem Buckel dauernden Tanz aufführen. Heute sind sie verurteilt, daß sie herumgezerrt werden von den deutschen Kapitalisten, bald werden sie herumgezerrt von den französischen Kapitalisten. Und dann kommt man und spricht von der Zentrumspartei; das ist unser Deutschtum, wir sind für die interparteiliche Vereinigung, dieser Vereinigung, die als erste hierherkommt und raubt uns den Achtstundentag, die Kriegsbeschädigten aufs Pflaster wirft durch Leute, die den Krieg geschürt haben mit allen Mitteln, die Annexionen das Wort geredet haben. Das ist eine Tatsache, die nicht abgeleugnet werden kann. Und wir sagen allgemein zu dieser Sache, wenn die Regierungskommission demokratisch-sozial ist, so soll sie sich einmal die berechtigten Forderungen, die ich ihr unterbreite in dieser Frage, ansehen und danach handeln. Ich glaube, daß wir dann einig werden. Wir verlangen als Erstes das Verbot der Stillegung von Betrieben, als Zweites die achtstündige Arbeitszeit, aber nicht in dem Sinne, wie die Regierungskommission sie einführen will, sondern in dem Sinne, wie wir sie schon mehrmals gefordert haben. Für die Untertagearbeiter und die Feuerarbeiter verlangen wir die 6 stündige Arbeitszeit. Es ist dies umso notwendiger, weil hier dauernd über Erwerbslosigkeit geklagt wird und die Erwerbslosen müssen doch auch leben. Die allgemeine Produktion muß sie mit ernähren und wir verlangen die Einreihung dieser Erwerbslosen in den Produktionsprozess. Wir verlangen, daß man unseren Forderungen Rechnung trägt. Wenn Sie den schweren, gesundheitsschädlichen Beruf der Bergarbeiter und der Feuerarbeiter berücksichtigen, wenn sie berücksichtigen, wie sie tagtäglich des Sonnenlichtes entbehren müssen, so ist diese Forderung nur zu gerecht. Ferner verlangen wir die Enteignung der stillgelegten Betriebe, aber

<u>zugunsten</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

zugunsten der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Nicht, daß die Regierungskommission sich einbildet, daß wir hier eine Forderung stellen würden, damit sie sich irgendwo einen Ramsch leisten könnte. Wir verlangen insbesondere: der Mehrwert, welcher aus dem Bergbau erzielt wird, muß zu Gunsten der Saararbeiterschaft verwandt werden. Wir verwahren uns dagegen, daß man immer herkommt und erzählt, das Saargebiet braucht keine Reparationen zu bezahlen und man schindet immer wieder jährlich 30 bis 40 Millionen Goldmark aus den Knochen der Säararbeiter heraus. Wenn die Regierungskommission auf diese wenigen Forderungen eingeht, dann werden wir einig werden. Aber wir von der kommunistischen Partei sind nicht so naiv, wie es manchmal die Sozialdemokraten zu sein scheinen, daß wir glauben, die Regierungskommission wird uns das genehmigen. Wir wissen, daß die Regierungskommission das nicht genehmigt, wir wissen daß die Arbeiterschaft es nur durch Kampf erreichen wird. Wir wissen ferner, daß die Verhältnisse hier sich nicht ändern werden, sondern nur durch die Selbsthilfe der Arbeiter. Es sind hier dieselben Verhältnisse wie in Deutschland, wie in Frankreich, wie in England und in Amerika.

(Zuruf aus dem Zentrum: Wie in Rußland!)

Wir machen eine ungeheuere Krise des Kapitalismus durch. Wir wissen, in England und überall gibt es Millionen von Arbeitslosen. Die Kapitalisten werden sie nicht mehr beschäftigen können. Es wird nicht eher in dieser Hinsicht eine Anderung eintreten, bis die soziale Revolution, bis die Vereinigung aller Arbeiter aller Länder herbeigeführt ist. Und dieses kann nur herbeigeführt werden auf dem Boden des Klassenkampfes. Dieses kann nur herbeigeführt werden, indem die Betriebe in allen Staaten, auch hier im Saargebiet denjenigen gegeben werden, die sie aufgebaut haben. Das sind nicht die Unternehmer, sondern das sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die werden am besten in der Lage sein, ihre Geschicke so zu leiten, wie es notwendig ist. Wir wissen, daß der Kampf um das sogenannte Deutschtum, wie es die Herren hier predigen, nichts anderes ist, als wie der Kampf um die größten Teile der Profite für die deutschen Unternehmer. Auf der anderen Seite wird der Kampf geführt von den Imperialisten Frankreichs um den größten Teil der Profite. Wenn hier von der Zentrumspartei betont wurde, einer Partei, die auf dem Boden des Christentums steht, der Standpunkt Frankreichs ist schuld, so sage ich, die Arbeiter Frankreichs sind nicht schuld an diesen Tatsachen. Die Arbeiter Frankreichs werden genau so gedrückt wie die Arbeiter an der Saar, wie in Deutschland. Dort sind dieselben Schuldigen, wie sie hier sind und nicht zuletzt mit Unterstützung der Zentrumspartei, die an allen Orten ihre Sekretäre sitzen hat, oder noch ihre Untersekretäre, denen man große Häuser mit Türmen baut, die man gut bezahlt aus den Staatskassen, jedoch nur auf Kosten der Arbeiterschaft.

Zu der demokratisch-sozialen Regierungskommission komme ich nun. Es ist unerhört, wie hier im Saargebiet aufgebaut wird ein Apparat in allen Körperschaften, der Millionen verschlingt und der dazu besteht, um die Parteien mit allen Mitteln zu bekämpfen, auch mit außergesetzlichen Mitteln und sie mundtot zu machen. Man muß immer wieder die Maske von der Regierung herunterreißen. Man versucht, unsere Partei zu erledigen, indem man meine Person hinter schwedische Gardinen brachte und die unwahre Behauptung aufstellte, wir hätten eine geheime Organisation, wir hätten uns verschworen, die Saarbündler alle tot zu schlagen. Auf Grund von Angaben, die nur von elenden Kreaturen stammten, wurden derartige Verhaftungen vorgenommen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

vorgenommen. Man hat sich nicht darum gekümmert, ob es die gewählten Vertreter des Volkes waren oder nicht. Es ist typisch, daß auch nicht ein Schatten des Beweises vorhanden war, lediglich dahingehend, daß eine dieser Kreaturen, dieser gekauften Gesellen, sagte, er hat das gedacht, daß das so ist. Auf Grund dessen werden Leute hinter schwedische Gardinen gebracht.

Demgegenüber das Gegenstück. Meine Herren, die Saarregierung hat sich erlaubt, eine Denkschrift nach Genf zu richten, die im Saarkurier veröffentlicht war und in der die freche Lüge aufgestellt wurde mit folgenden Worten: " Der Kommunist und Landesratsabgeordnete Reinhard hat in Ludweiler den Bergmann Naumann so schwer geschlagen, daß er 17 Tage im Lazarett war." Wenn die Regierungskommission hierher kommt und glaubt, sie könnte die Öffentlichkeit irreführen und belügen, so stehen die Dinge doch nicht. Es ist eine Gemeinheit, derartige Lügen in die Welt zu setzen. Das Gericht hat monatelang festgestellt, und wir haben in diesen Dingen nicht das Geringste zu tun.

(Schelle des Vorsitzenden:)

rsitzender: Herr Reinhard, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß die Regierungskommission mit dieser Sache nichts zu tun hat.

inhard fortfahrend: Herr Vorsitzender, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß der Herr Staatsrat Rault diese Denkschrift nach Genf weitergeleitet und im Saarkurier veröffentlicht hat. Ich habe darauf Anzeige erstattet bei der Staatsanwaltschaft gegen den Herrn Präsidenten Rault und gegen den Saarkurier. Meine Herren, es ist nicht allein eine Beleidigung gegenüber meiner Person, sondern auch gegenüber der kommunistischen Partei. Die kommunistische Partei wurde in den Kot heruntergezogen. Es sollte dem Völkerbund gesagt werden, so wird gekämpft gegen den Saarbund, so wird mit allen Mitteln gegen den Saarbund gearbeitet. Die Abgeordneten prügeln sich mit diesen Elementen des Saarbundes herum. Und hier liegt ohne Zweifel öffentliches Interesse vor. Wenn Sie das abstreiten, Herr Dr. Sender, so tun Sie mir leid.

(Zuruf Dr. Sender: Ich habe Euch ja unterstützt, indem ich die Immunität für Euch verlangt habe. Sie saßen aber hinter schwedischen Gardinen und haben es nicht gehört!)

Herr Rault sagte in dieser Frage folgendes: Es liegt kein öffentliches Interesse vor. Man kann nicht gegen die Personen vorgehen, man schlägt uns den Privatklageweg vor. Also wenn Herr Staatsrat Rault eine Denkschrift weiterleitet, die mit groben Lügen gegen Abgeordnete gespickt ist, die sich gegen eine Partei mit 40 000 Wählern richten, dann soll kein öffentliches Interesse vorliegen. Hier ist wieder die Klassenjustiz festzustellen, wie sie gehandhabt wird.

(Zuruf bei den Kommunisten: Sehr richtig !)

Man sagt, gegen Herrn Rault kann man nicht vorgehen, weil er exterritorial ist. Wer ist denn eigentlich für die Regierungskommission verantwortlich? Sie sagen, der Völkerbund. Wer ist der Völkerbund? Ich glaube, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Der Gerichtsvollzieher der Ententestaaten.

Und

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Und nun noch ein kurzes Wort zu den Verhältnissen, wie sie hier in schreiender Form in den Gefängnissen vorhanden sind. Ich möchte der Regierungskommission, die auf demokratischer-sozialer Grundlage steht, einmal dringend empfehlen, eine Kommission in die Gefängnisse zu schicken und sich diese erbärmlichen Zustände anzusehen. Erstens einmal teile ich Ihnen folgendes mit: Bei meiner Verhaftung habe ich ein Protestschreiben an den Vorsitzenden des Landesrates gerichtet. Wenn auch die Immunität nicht gesetzlich besteht, so besteht immerhin die moralische Pflicht, dieses Protestschreiben, in dem ich zum Ausdruck brachte,daß ich schärfsten Protest einlege, weiterzuleiten. Dieses Protestschreiben hat man nicht weitergeleitet und hat es zurückgegeben mit der Bemerkung:" Sie dürfen an den Landesrat nicht schreiben, der Landesrat ist eine Privatsache."

(Zurufe der Kommunisten: Hört,hört !)

Also meine Herren, der Landesrat ist eine Privatsache.

Die Verhältnisse im Gefängnis allgemein sind folgende: Fleisch kennen die Gefangenen nicht. Höchstens einmal, wenn es Grünes gibt, dann schwimmen so schöne weiße Maden in der Suppe. Das ist das einzige Fleisch für die Gefangenen. Und dort sitzen mindestens 60 Prozent, die nicht wissen,warmes Essen zu bekommen. Ferner wird es nicht für nötig erachtet, die Bettwäsche zu wechseln, wenn dort neue Gefangene eingeliefert werden. Man verlangt von Menschen, daß sie sich in die Betten hineinlegen sollen, die noch dreckiger und schmutziger sind wie der Fußboden. Wir verlangen, daß in dieser Sache Remedur geschaffen wird. Die Zellen sind voller Wanzen. Bei jeder Gelegenheit werden die Gefangenen mit 14 Tagen,2 Wochen und 3 Wochen Arrest bestraft und müssen ohne Bett und warmes Essen gefesselt auf dem Fußboden schlafen.

(Zuruf der Kommunisten: Hört,hört !)

Die Menschen werden dort schlimmer wie das Vieh behandelt und auf barbarische Weise zugrunde gerichtet. Dann kommt am Sonntag die hohe Geistlichkeit und hält Gottesdienst ab und sagt den Gefangenen, wie schön es im Himmel ist.

(Unverständliche Zurufe aus dem Zentrum!)

(Schelle des Vorsitzenden)

Wir haben in dieser Frage noch ein anderes Wörtchen mit Ihnen zu reden.

Dort auf der Lerchesflur sitzt eine große Anzahl von Gefangenen, die inhaftiert und bestraft wurden wegen Streiks, wegen Demonstrationen am 1.Mai und wegen sonstiger sogenannter politischer Vergehen. Man hat uns soviel erzählt von der Amnestie der linken Regierung in Frankreich. Man hat uns soviel gesagt von der demokratisch-sozialen Regierungskommission. Wir verlangen auch Amnestie dieser politischen Gefangenen. Es ist eine Schande, wenn Leute im Gefängnis sitzen, mit 9 Monaten bestraft werden , denen man nicht das Geringste nachweisen kann, als nur das Verbrechen, daß sie auf der Straße demonstrierten für die Rechte der Arbeiterschaft.

Ferner habe ich noch eins zu erwähnen. In den Gefängnissen gestattet man noch nicht einmal den Untersuchungsgefangenen eine Zeitung zu lesen, die sie sich bestellen. Man hat wahrscheinlich einen Vertrag geschlossen mit der Saarbrücker-Zeitung. Der Untersuchungsgefangene kann keine Zeitung erhalten,

wie

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

wie die Saarbrücken Zeitung, welches die offizielle Gefangenenzeitung ist.

(Zuruf Dr. Sender: Wenn jemand eine Reise tut, so kann er etwas erzählen, Herr Reinhard!)

Wir verlangen, daß die Zeitungen aller Richtungen den Untersuchungsgefangenen zugänglich gemacht werden. Es ist dies eine Forderung, die vor allen Dingen nicht mehr wie recht und billig ist.

Wir verlangen:

1. die Amnestie für sämtliche politischen Gefangenen, welche anläßlich Streik, Aussperrung oder ähnlicher Ursachen bestraft wurden,

2. volle Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft durch die Landeskasse,

3. politischen Gefangenen ist das sogenannte politische Regime zu gewähren, wie es in Frankreich eingeführt ist,

4. sämtlichen Gefangenen ist mindestens einmal täglich 200 Gramm Fleisch zu verabfolgen. Butter, Käse und Obst ist in genügender Menge und in genießbarem Zustande zu verabfolgen,

5. Zeitungen, Schreibmaterial und Lektüre ist auf Wunsch unentgeltlich auf Kosten der Landeskasse zu gewähren,

6. der Inhaftierte hat Anspruch auf reine Wäsche. Im übrigen muß die Bettwäsche mindestens alle 14 Tage gewechselt werden,

7. die Arbeitskraft der Inhaftierten ist nach dem vollen Werte der Arbeit zu bezahlen.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Gefangenen zu Arbeiten herangezogen werden und diese Arbeiten werden ihnen mit ein paar Bettelpfennigen bezahlt. Wir hoffen, daß in dieser Hinsicht hier eine Änderung geschaffen wird.

Ich habe zum Schluß hier noch zu erwähnen, wir haben kein Interesse daran, wie die Herren der interparteilichen Vereinigung wieder zusammenkommen. Wir nehmen an, daß es doch in Bälde geschieht, insofern, weil in Deutschland die große Koalition auf dem Marsche ist und die Sozialdemokratie an der Saar wird letzten Endes nicht anders können, als wie die Partei der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie ist drauf und dran, mit den Deutschnationalen im Reich die große Koalition einzugehen.

(Zuruf der Kommunisten: Hört, hört!)

Wir nehmen an, daß der ganze Krach, der hier aufgeführt wird, nichts anderes ist, wie ein Sturm im Wasserglas, indem man der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen will.

Zum Schluß habe ich noch zu sagen: Uns als Kommunisten ist es ganz gleich, wer der Regierungskommission auf Hintertreppen entgegenkommt, ob es die Partei des Zentrums ist, ob es die Sozialdemokraten sind, oder ob es die Liberalen sind. Wir wissen, daß sie alle auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, wir wissen, daß sie die soziale Revolution ablehnen, daß sie gemeinsam auf einer Linie marschieren. Wir wissen,

daß

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

daß sie unsere Gegner sind. Wir haben deshalb keine Ursache, irgendwie in Lob hudeleien mit der einen oder anderen Partei einzustimmen. Das eine sage ich nur. Die Arbeiterschaft wird aus diesen Vorgängen der letzten Wochen und Monate hoffentlich ihre Lehre gezogen haben, sie wird denen,die mit ihr Schindluder treiben,bald den verdienten Fußtritt geben. Ob es Röchling ist,der in einer Wahlversammlung gesagt haben soll:Stinnes wäre ein Idiot,wenn er den Achtstundentag abschaffen wolle, oder ob es die S.P.D.ist, die geschrieben hat in der Volksstimme:" Die Regierungskommission wird die sozialdemokratische-ich habe mich versprochen- die demokratisch-soziale Politik machen. Das kann uns egal sein. Wir wissen,daß alle Parteien von rechts, wie sie hier sind,unsere Feinde,unsere Gegner sind,die die Interessen des Kapitals vertreten. Wir haben von hier aus der Arbeiterschaft zu sagen, daß sie sich zu rüsten hat zu der kommenden Abrechnung. Nur durch die Auseinandersetzung durch die soziale Revolution wird es möglich sein,bessere Zustände zu schaffen. Nicht von London, nach dem die Sozialdemokraten und die anderen Parteien dauernd hinschielen, wird das Heil der Arbeiterschaft kommen, sondern dieses Heil wird nur von Rußland kommen.

(Bravo-Rufe bei den Kommunisten!)

rsitzender: Herr Reinhard, Sie haben Angehörige des geistlichen Standes derart angegriffen, daß es als eine Beschimpfung anzusehen ist. Ich muß dies mit Rücksicht auf das Ansehen des Standes und der Würde des Landesrates ,zurückweisen.
Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer !

melzer (DSV): Meine Herren! Zunächst möchte ich ein Wort zu der Affäre Reinhard sagen. Als dem Landesrat die Nachricht zuging, daß Herr Reinhard verhaftet sei, haben sich sämtliche Parteien des Hauses für die Immunität ausgesprochen. Herr Reinhard hat uns vom Gefängnis Dinge geschildert, die einer Nachprüfung dringend bedürfen. Ich bitte den Herrn Staatskommissar, die Sache nachprüfen zu lassen. Wenn diese Dinge vorgekommen sind und noch vorkommen, so sind diese eines Kulturstaates unwürdig.
Zur Wirtschaftskrise ! Bis vor kurzem Zeit war bei allen Parteien des Saargebietes die gleiche Meinung, daß hier im Saargebiet eine steigende Wirtschaftskrise herrsche und daß diese auch einmal ausbrechen müsse. Hiervon zeugt die Besprechung die alle Fraktionen des Landesrates mit der gesamten Regierungskommission hatten.

(Zuruf: Als Hintertreffen oder Vordertreffen?)

Als Hintertreffen. Alle Parteien hatten der gesamten Regierungskommission erklärt, daß eine Wirtschaftskrise bevorstehe und haben auch die Ursache bekannt gegeben. Man war einig, daß die Krise im Saargebiet darauf zurückzuführen ist, daß das Saargebiet als produzierendes Land unter der Überproduktion an Eisen in allen Ländern,leidet. Wir haben insbesondere betont, daß die durch Reparationsarbeiten stark entwickelte französische Eisenindustrie wie auch die durch das Hindenburg-Programm und Inflationsschädigungen bedeutend geförderte deutsche Eisenindustrie leistungsfähiger geworden seien als die saarländische Eisenindustrie. Wir haben weiter darauf hingewiesen auf die ungünstige Lage des Saargebietes zu den Weltmärkten und die ungünstigen Frachtenwege. Es ist ferner darauf hingewiesen

worden

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

worden, daß die französischen Werke im Saargebiet und die Werke mit 60 % französischer Kapitalbeteiligung bezüglich der Kohlenpreise bevorzugt werden, wobei es allerdings noch nicht bekannt gewesen ist, daß diese Bevorzugung sich auch auf die Kreditpolitik der Regierung erstreckte. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß ein Krach kommen müsse.

Dann hat der Herr Abgeordnete Kiefer gesagt, daß das plötzliche Vorgehen des Völklinger Werkes zu verurteilen sei. Man hat der Werksleitung in Völklingen vorgeworfen, daß gerade, deshalb das Vorgehen zu verurteilen sei, weil es zu plötzlich erfolgt sei.

Die Dinge liegen nicht so. Diese Stillegung des Werkes ist nicht plötzlich erfolgt. Es hat an Warnungen nicht gefehlt. Ich habe mir von der Werksleitung, nicht von Herrn Höchling selbst, Protokolle zeigen lassen und festgestellt, daß bereits am 30. März ds.Js. eine Ausschußsitzung stattgefunden hat, in der die schwierige Lage besprochen wurde. Diese Ausschußsitzung wurde mit den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft geführt. Daß die Lage des Werkes schwierig war, war den Fraktionen bekannt, denn wiederholt hat Herr Höchling in den interparteilichen Besprechungen daraufhingewiesen, daß die Lage immer schwieriger werde durch die hohen Kohlenpreise und die herrschende Kreditnot. Am 16. Mai erfolgte ein Anschlag im Werk selbst. Dann fanden Sitzungen statt am 20., 23., 26. und 29. Mai ds.Js. Am 1. Juni wurde ein Schiedsspruch angenommen. Am 6. Juni kam die Angelegenheit vor den Schlichtungsausschuß. Am 27. Juni erfolgte ein Anschlag, am 29. Juni fand eine Sitzung statt, am 30. Juni erfolgte ein Anschlag im Werk und am 27. August fanden Verhandlungen statt

Meine Herren! Nach dem kann man nicht behaupten, daß die Stillegung plötzlich erfolgt sei. Aber bei dieser Aufklärung geht es, wie es so häufig geht, die Leute sagten, das ist nicht so schlimm. Meine Herren von der Linken, Sie wissen genau wie die Dinge liegen und müßten wissen, daß über wirtschaftliche Notwendigkeiten niemand hinaus kann. Sie wissen, daß niemand mit Worten eine solche Krise beseitigen kann. Da hat es gefehlt, der Arbeiterschaft klaren Wein einzuschenken. So hätte die Arbeiterschaft aufgeklärt werden müssen, und zusammen mit der Regierungskommission hätte man Mittel und Wege suchen müssen, wie diese Katastrophe zu vermeiden ist. Sie wissen ganz genau, denn Sie sind volkswirtschaftlich so geschult, daß diese Stillegung wegen der Überproduktion in Eisen stattfinden mußte. Sie wissen auch, daß das große Stahlwerk Becker jetzt in Konkurs geraten ist, welches sicher nicht zum Schaden der Arbeiterschaft in Konkurs gekommen wäre, wenn es rechtzeitig geschlossen hätte. Von der nun herrschenden Arbeitslosigkeit ist die Stadt Krefeld in einer Weise betroffen, daß sie 4 Millionen Goldmark zur Verfügung stellen mußte, um das Werk wieder in Gang zu bringen. Das hört sich in einer Volksversammlung sehr schlecht an. Die Herren der Linken drücken sich gerne daran vorbei. Ich behaupte, daß ein Verschieben von Ihrer Seite (zur Linken gewandt) vorliegt. Das ist Ihre Schuld, meine Herren der Linken.

Nun ein Wort zum Achtstundentag. Ich kann mich kurz fassen, denn mein Parteifreund, Herr Höchling, wird noch nach mir das Wort nehmen. Meine Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Achtstundentages.

(Zuruf Dr. Sender: Das ist mir neu !)

Ich will mich nicht an dieser Stelle mit Ihnen auseinandersetzen. Wir erkennen an, daß es für die Arbeiterschaft ein hohes Ziel ist, zu erreichen, daß sie außer ihrer Arbeitszeit, Zeit erhält, Mensch zu sein. Ich persönlich wünsche, daß es dem Saargebiet möglich sein möge, seinen Achtstundentag aufrecht zu erhalten. Ich bin auch Arbeiter gewesen und habe alles mitgemacht und weiß, wie der 10 bezw. 12 Stundentag auf den Leib des

Arbeiters

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

Arbeiters einwirkt. Das ist die beste Erfahrung. Ich wünsche der Arbeiterschaft des Saargebietes, daß sie dieses Ziel erreichen möge. Ich bin mir klar darüber, daß es keinem Unternehmer im Saargebiet gelingen wird, den Achtstundentag zu beseitigen, wenn an dem Achtstundentag anderwärts festgehalten wird. Ich bin aber auch überzeugt, daß man im Saargebiet am Achtstundentag nicht festhalten kann, wenn das die Nachbargebiete nicht ebenfalls tun. Hier ist interessant zu untersuchen, wie es damit steht. In Deutschland wurde der Achtstundentag durch die Revolution schematisch eingeführt. Nachdem sechs Jahre verflossen sind, ist man etwas abgerückt. In Deutschland sieht es mit dem Achtstundentag folgendermaßen aus:

Ich habe eine Statistik vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, woraus zum ersehen ist, daß der Achtstundentag durchlöchert ist, am meisten in Rheinland-Westfalen.

Über 48 Stunden pro Woche arbeiten in Rheinland-Westfalen 81,2 % aller Beschäftigten. Diese Zahl sinkt in Deutschland, die niedrigste Zahl hat Pommern mit 15,1 %, sonst sind die Zahlen um die 50 % herum.

In Frankreich liegen die Dinge so, daß Frankreich ein Gesetz über den Achtstundentag in folgender Weise eingeführt hat. Auf verwaltungsmäßigem Wege wird eine Untersuchung eingestellt, ob man in einem Gewerbe die Idee einführen soll, z.B. im Baugewerbe hat man diesen Grundsatz noch nicht aufgestellt. Aber selbst wenn in der Metallindustrie der Achtstundentag besteht, so hat man in Frankreich bereits 40 Ausnahmen genehmigt. Das beweist, daß in Frankreich der Achtstundentag nur theoretisch besteht. Im Saargebiet dagegen sind es nur 0,4 %, die über 48 Stunden in der Woche arbeiten d.h. im Saargebiet war der Achtstundentag praktisch zur Tatsache geworden. Wenn Sie sich einbilden, meine Herren von der Linken, daß der Achtstundentag gesetzlich eingeführt wird, dann betrachten Sie sich den § 2 der Vorlage, welcher davon spricht, daß der Achtstunden tag hier so gehandhabt wird wie in Frakreich. Die Dinge liegen so. Augenblicklich haben wir den Achtstundentag. Kommt aber ein Gesetz, daß es dem und dem Gewerbe gestattet ist, 9 bis 10 Stunden zu arbeiten, dann dringt ein Teil der Arbeiterschaft darauf, daß der Achtstundentag beseitigt wird. Im Baugewerbe hat ein großer Teil stürmisch die Mehrarbeit verlangt und es sind viele, die ausgetreten sind, weil sie nicht länger als 8 Stunden arbeiten durften. Ich gebe Herrn Reinhard Recht, denn das, was hier herauskommt, ist nicht das, was Sie meinen, meine Herren. Es kann auch nicht eingeführt werden, was Sie meinen, selbst in Rußland nicht.

(Oho-Rufe- Unruhe !)

(Schelle des Vorsitzenden !)

Ich lese auch Zeitungen von Ihnen. Sie können sich also beruhigen. Es wird berichtet von Reisenden und Arbeitervertretern, daß man in Rußland vom Achtstundentag nichts mehr weiß. Der Arbeiter ist dort glücklich, wenn er beim Zwölfstundentag trockenes Brot hat.

(Unruhe- Schelle des Vorsitzenden!)

Ich weiß nicht mehr, wie die Vertreterin Ihrer Partei aus Hamburg heißt. Man kann die kommunistischen Größen nicht alle im Kopf behalten.

(Lachen- Unruhe !)

Zuruf

(

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

(Zuruf Reinhard: Haben Sie die Rheinisch-Westfälische Zeitung gelesen ?)

(Schelle des Vorsitzenden!)

Also die Regierungskommission hat etwas durch den Herrn Präsidenten Rault versprochen, was nicht zu halten ist. In der Wirtschaft sprechen die Tatsachen. Meine Herren! Wenn die Tatsachen so sind, daß das nicht mehr so geht, dann kommen Sie mit Ihren Agitationsreden nicht auf. Meine Herren, es wurde von dem Herrn Vorredner erwähnt, daß der Herr Präsident der Regierungskommission ein anderes Gesicht zeigt, daß er endlich das Betriebsrätegesetz einführen möge. Wir wären froh gewesen, wenn das Betriebsrätegesetz bestanden hätte, dann hätte die Regierungskommission eingreifen müssen. Wir sind der Meinung, daß dieses demokratisch- soziale Gesicht des Herrn Präsidenten sich erst in aller letzter Zeit gezeigt hat. Wir haben jedenfalls das von der Volksstimme gezeichnete Gesicht bestimmt nicht gekannt, als wir der Ausweisung ihrer Redakteure Rausch und Lehmann wegen bei dem Herrn Präsidenten Rault vorgesprochen haben. Wenn Sie uns erklärt haben, mit einer Partei, die den Arbeitgeber Röchling in ihren Reihen hat, wollen wir nichts zu tun haben, so glaube ich, daß sicherlich die Zeit kommen wird, wo Sie froh wären, wenn wir mit Ihnen zusammen Bittgänge machen würden. Herr Dr. Sender ist der Meinung, daß das sozial-demokratische Gesicht des Herrn Präsidenten nicht lange anhält. Er nennt als Beweis dafür, daß er nicht an das demokratisch- soziale Gesicht des Präsidenten glaubt, die Streikverordnung, Anwesenheit des französischen Militärs, Schulaffäre, sowie die Ablehnung der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Es ist außerordentlich nett zu hören, wie die Regierungskommission besorgt ist, für das Wohl der Gemeinden, aber erst wenn wir die Überzeugung haben, daß die Regierungskommission dauernd so besorgt ist für das Wohlergehen und die Freiheit der Gemeinden und erst dann, wenn sie in die Tat umsetzen wird, was die Stadtverordnetenversammlung beschließt, könnte man annehmen, daß ein neuer Kurs einsetzen würde.

Es war rührend, wie der Herr Präsident nach Genf berichtet hat, daß er die Militärwerkstätte in Saarlouis nicht aufgeben könne, weil sonst 250 Mann brotlos würden und es hat ihm bitter weh getan, daß er diese 250 Mann nicht unterbringen konnte, als er sich dafür einzusetzen habe, daß die 7000 Mann von Völklingen unterkommen. Das Gesicht des Herrn Präsidenten sieht also doch verschieden aus.

(Zuruf Dr.Sender: Er hat den Herrn Röchling sehr gern!)

Ich glaube, er sieht Sie lieber.

(Lachen- Unruhe-)

(Schelle des Vorsitzenden !)

Bei der Beratung des Gesetzes kommen wir noch darauf zurück. Wir werden uns darüber unterhalten, wie Ihre Partei die Beseitigung des Achtstundentages verlangt hat. Der Achtstundentag wird beseitigt durch ein Gesetz, das Sie hervorgerufen haben.

(Zuruf Dr.Sender: Ablenkungsmanöver !)

Um bei Herrn Dr. Sender zu verweilen, war ich auf seine Frage sehr entrüstet. Was hat die Sozialdemokratie getan ? Er hat

behauptet

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 1

behauptet,die anderen Parteien machen uns schlecht, werfen uns vor, was nicht der Fall ist. Ich weiß .. nicht,ob Herr Dr.Sender die Volksstimme liest,vielleicht liebt er eine bessere Lektüre.

(Unruhe- Lachen)

Jedenfalls steht eins in der Volksstimme drin, für das ich den Herrn Dr.Sender um Erklärung bitte, und zwar in der Nummer vom 17.September ds.Js. unter " Arbeitnehmer wachet auf !" unterzeichnet mit " K ". Ich vermute, daß es Herr Kimmritz war. Es steht da folgendes :

" Es ist nur gut, daß wir heute noch nicht das Jahr 1935 haben, in dem voraussichtlich ein gewaltiger Abstimmungsrummel inszeniert werden wird. In welcher Stimmung die Arbeiter zur Abstimmung schreiten würden: auf der einen Seite schwerst politische, wirtschaftliche und soziale Reaktion, auf der anderen Seite den Fortschritt auf den genannten Gebieten-das braucht man wohl nicht auseinanderzusetzen."

Ich frage Sie,Herr Dr.Sender, was soll das bedeuten ? Was soll insbesondere das Wort" Abstimmungsrummel " bedeuten? Im Saargebiet ist die Bevölkerung so gesinnt. daß sie sich verbitten wird, von einem Abstimmungsrummel 1935 zu reden. Das wissen Sie als geborener Saarländer auch.

(Zuruf Dr.Sender: Fragen Sie Herrn Kimmritz !)

Sagen Sie das bitte Herrn Kimmritz ! Der Herr " K " schreibt noch weiter:

" Es geht nicht gut an, daß sich die Gewerkschaften dauernd als Prügeljungen in dem politischen Ränkespiel zwischen Röchling,Vopelius und Genossen und der Saarregierung und der französischen Regierung benutzen lassen sollen."

Ich frage Sie wiederum, Herr Dr.Sender, was bedeutet das ? Herr Kimmritz meint also, daß Röchling, Vopelius und Genossen auf der einen Seite und Saarregierung und französische Regierung auf der anderen Seite ein Ränkespiel machen würden. Ob das ein Ränkespiel war ? Sie sind nicht der Meinung,Herr Dr. Sender, daß es ein Ränkespiel war, sonst hätten Sie sich nicht daran beteiligt. Das Ränkespiel wird aber weiterbestehen auch mit Unterstützung der Sozialdemokratie, das glaube ich, Ihnen zu Ihrer Ehre hier sagen zu müssen. Am Schluß des Artikels " Der Kampf müsse gegen Ost und West aufgenommen werden, ist eine Redensart, die ich gern vermißt hätte. Er sagt aber noch mehr und zwar in einem Artikel " Aus dem Königreich Röchling."

" Wenn er (Röchling) insbesondere die Kohlenfrage in den Vordergrund schiebt, so haben wir heute die einwandfreien Beweise in der Hand, daß er auch die Kohlen billiger haben könnte, wenn er nur wollte, wenn er seinen Starrkopf aufgeben würde,."

Es wissen Unbeteiligte offenbar nicht, was es mit diesem Starrkopf auf sich hat. Vielleicht weiß es Herr Kimmritz. Es hat folgende Bewandtnis :

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 1

Vor einiger Zeit wurde der Völklinger Werksleitung bekannt, daß die anderen Werke ihre Kohlen billiger bekommen. Daraufhin ging ein Arbeiter nach Paris und frägt den Herrn Fontaine, wie es kommt, daß andere Werke billigere Kohlen bekommen. Daraufhin wurde ihm geantwortet: "Ihr Geschäft ist für uns nicht interessant, Sie schließen mit uns keine langfristigen Verträge ab. Gehen Sie nach Saarbrücken zu Herrn Defline. Der Vertreter von Röchling ging zu Herrn Doflin und dieser antwortete, die billigeren Preise können sie bekommen, aber die Politik muß geändert werden. Und das ist der Starrkopf von Herrn Röchling, daß er seine Politik nicht ändert.

Ich frage Sie, Herr Dr. Sender im Hinblick auf die Ausführungen in der Volksstimme, was soll das bedeuten ?

(Zuruf Dr. Sender: Ich weiß nicht, ob das Kimmritz geschrieben hat.)

Dann fragen Sie ihn bitte, Sie treten hier auf als Sprecher der sozialdemokratischen Partei. Was er geschrieben hat

(Zuruf Dr. Sender: Was hat die Sozialdemokratie denn getan ?)

das steht im Parteiorgan der sozialdemokratischen Partei, das steht in der Volksstimme. Ich kann mir vorstellen, daß Ihnen das unangenehm ist, was ich Ihnen sage, daß Herr Führmann in einem Streik, der im Baugewerbe stattfand, sich hergab, in sämtlichen Zeitungen des besetzten Gebietes Streikbrecher zu suchen. Wenn Sie dort desavouiert wurden im Ludwigspark, dann kann es Ihnen passieren, daß Sie heute wieder desavouiert werden. Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß derartige Dinge dann eben nicht passieren, tragen Sie die Verantwortung mit dafür. Wenn Herr Dr. Sender sagt " unsere Vergangenheit war makellos" so unterschreibe ich das zu Ehren der sozialdemokratischen Partei, ihre Vergangenheit war makellos. Aber, Herr Dr, Sender, sorgen Sie dafür, daß die Zukunft der sozialdemokratischen Partei ebenso makellos bleibt, wie die Vergangenheit und daß Sie nicht gewisse Leute Ihrer Partei in eine Richtung drängen, die Ihnen auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht danken wird. Das ist Ihre Aufgabe, Herr Dr. Sender. Ich komme nachher noch auf eine Sache zurück, die ist vielleicht noch schwerwiegender, die ebenfalls in der Volksstimme stand.

(Zuruf Dr. Sender: Ist das vielleicht Herr Notton?)

Nein, Sie wissen, daß wir uns auch mit Herrn Notton befassen.

(Zuruf Reinhard: Gehören Sie der sozialdemokratischen Partei an ?)

Das ist schon deshalb nicht möglich, weil ich Ihnen recht gegeben habe. Außerdem hat die Sozialdemokratie sich sicher in diesem ganzen Kampf verrechnet, wahrscheinlich verrechnet, sie hat den Kurs gewechselt, die Kursschwenkung vielleicht deshalb vorgenommen, weil sie zu sehr mit Ihrer Konkurrenz rechnet. Sie schlägt den Kurs ein, den Sie vielleicht gemacht haben.

(Zuruf Reinhard: Wer, ich ?)

Sie persönlich nicht, aber Ihre Fraktion.

(Zuruf Reinhard: Auf jeden Fall haben wir Ordnung geschafft.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Nun meine Herren, wird dem Herrn Röchling unter anderem auch der Vorwurf gemacht, daß er sicher wohl nicht so schlecht gestellt sei, denn er nehme umfangreiche Bauten in seinem Werk vor. Es wird ihm natürlich in einem Atemzuge gesagt, er solle dafür sorgen, daß sein Werk modern würde. Wenn er aber Abänderungen macht, so wird ihm das angekreidet durch den Herrn " K ". Da müßte Ihre Stadtratsfraktion eingreifen. Die Stadtratsfraktion der sozialdemokratischen Partei weiß ganz genau, was es mit dem Bau des Kraftwerkes Wehrden auf sich hat. Nebenbei noch gesagt, wer hat bei dem großen Bergarbeiterstreik doch immerhin einige Bergleute aufgenommen, und wer hat sein Werk weitergeführt ? Das war Röchling.

(Zuruf Betz: Heute kann er das nicht mehr. Damals hat er es mit englischer Kohle gekonnt und heute nicht mehr. Die englische Kohle war gewiß teurer als die Saarkohle.)

Das ist richtig, aber Sie sollten ihm doch dafür dankbar sein, daß er die englische Kohle gekauft hat, um sein Werk weiter zu führen.

(Zuruf Reinhard: Das ist alles Politik !)

Ich komme gleich auf die Politik des Bergarbeiterstreiks zurück. Sie werden Ihre Freude daran haben, besonders Ihr Freund Kimmritz.

(Zuruf Reinhard: Der, welcher die Kunogelder ausgezahlt hat ?)

Das weiß ich nur von Hörensagen. Bei diesem Bergarbeiterstreik hat der demokratische- soziale Präsident der Regierungskommission sich nicht so betätigt, wie jetzt. Gewisse Unternehmungen haben tatkräftig eingegriffen, um einen Druck auf die Bergleute auszuüben.

(Zuruf Ulrich: Notverordnung !)

Unterbrechen Sie mich nicht, es ist auch für Sie interessant. Die Dinge lagen so, die Bergwerksdirektion hatte ein großes Interesse daran, durch irgendwelche Machenschaften einen Druck auf die Bergleute auszuüben. Nun wendet sich ja bekanntlich die öffentliche Meinung leicht gegen Streikende, wenn die Bevölkerung unter diesem Streik leidet. Das hat man in Saarbrücken so erreicht, daß man den Strom, der von dem Werk Luisenthal kam, abgesperrt hat. Dadurch hatten die Leute kein Licht, die Geschäfte keinen Strom, usw. Es wurde damals behauptet, das Werk in Luisenthal hätte ganz gut den Strom liefern können, wenn es nur gewollt hätte. Die Stadt Saarbrücken hat einen Stromlieferungsvertrag mit der Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft, der sogenannten S.L.E. Die S.L.E. hat nicht geliefert. Als die Dinge vorbei waren, hat man in Saarbrücken geklagt, das sind unerwünschte Zustände, wir sorgen dafür, daß das nicht wieder vorkommt, wir wollen uns eine Reserve schaffen. Sie können sich jedenfalls noch entsinnen auf die Verhandlungen im Stadtrat und auf die Artikel in den Zeitungen, ob ein Dieselmotor oder eine Dampfturbine in Betracht käme. Das ging aber alles nicht, denn dieser Lieferungsvertrag ist gekündigt bis zum 7.November ds.Js. Die Stadt Saarbrücken war in großer Not. In dieser Not ist der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken zu mir gekommen, ich solle mit ihm zu Herr Röchling

gehen

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4 I

gehen, um ihn zum Bau eines Elektrizitätswerkes zu veranlassen, was die Versorgung der Stadt Saarbrücken übernehmen könnte. Herr Röchling hat damals gleich zugesagt, nur seine Direktoren nicht. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung bestätigen, weil ich bei der Geschichte beteiligt war. Die Direktoren sagten zu Herrn Röchling :" Das dürfen Sie nie und nimmer mehr machen, denn wenn Sie das machen, verdienen wir nichts bei der ganzen Geschichte überhaupt, sondern wir setzen Geld zu." Und Herr Röchling hat doch im Interesse der Stadt Saarbrücken dieses Werk gebaut.

(Zuruf : Ach wie schön !)

Das weiß die sozialdemokratische Stadtratsfraktion ganz genau, wie die Dinge liegen. Trotzdem bringt Herr "K " es fertig, diese Dinge zu schreiben.

(Zuruf vom Zentrum: Er ist selbst Stadtverordneter !)

Also, er weiß es aus eigener Erfahrung. Die Stadt Saarbrücken hat ein großes Interesse daran, daß dieses Werk am 7.November 1924 fertig ist. Die S.L.E. lauert natürlich darauf. Sie ist nicht diese kleine Gesellschaft allein, sondern das ist eine große Kraftversorgungszentrale. Deshalb müßte eigentlich von Ihrem Standpunkt erreicht werden, daß der Weiterbau des Werkes möglich bleibt. Ich stelle fest, daß Herr Röchling gar kein Interesse daran hat, daß dieses Werk fertig wird, wohl aber die Stadt Saarbrücken. Und was schreibt jetzt Herr " K."

> " Was würde die Welt dazu sagen, denen, nicht zuletzt auf das Betreiben Röchlings, seitens der Stadt der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde, sich großmütig der Bevölkerung Saarbrückens annehmen würden, wenn das Gefühl, im Interesse der Allgemeinheit seine Pflicht zu erfüllen über das andere, sich als Notnagel behandelt zu sehen, den Sieg davontragen würde."

(Zurufe: Hört, hört !)

Glaubt der Herr Kimmritz, daß die französische Gesellschaft bei dem Interesse, das sie an den Angelegenheiten im Saargebiet nehme, ihre sonstigen Interessen zurückstellen würde, und glaubt er, daß sie sich großmütig zur Verfügung stellen würde, selbst wo sie das Gefühl hat, ich werde im November nur als Notnagel benutzt werden. Herr Dr.Sender, glauben Sie, daß Herr Kimmritz das glaubt ? Haben Sie nicht auch den Gedanken, daß man hier ausrufen könnte :" Nachtigall, ick hör dir trapsen !"

(Lachen)

(Zuruf Dr.Sender: Verlesen Sie jetzt meine Rede auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.) Ich konne den Herrn "K" nicht.)

Sie kennen den Herrn nicht ? Es ist der Herr Kimmritz, der Führer der freien Gewerkschaften, der Artikelschreiber der Volksstimme in dieser Frage. Ich nehme an, daß Sie ihn nicht kennen wollen.

Wir machen der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie den Wirtschaftsstreit aus den wirtschaftlichen in das politische Fahrwasser gezogen hat, und wir bedauern das außerordentlich. Es handelt sich nicht um den Achtstundentag, das sind

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

sind alles Manöver.

(Zuruf Dr.Sender: Das sind bei Ihnen faule Redensarten !)

Daß die sozialdemokratische Partei zum Präsidenten Rault gegangen ist, verstehe ich nur zum Teil.

(Zuruf Dr.Sender: Meinen Sie, wir hätten den Herrn Röchling mitnehmen sollen?)

Sie hätten es sollen machen wie im Mai und hätten zur gesamten Regierungskommission gehen sollen.

(Zuruf Dr.Sender: Die Regierung war ja zum Teil abwesend !)

Aber die eben gekennzeichneten Einflüsse brachten es fertig, dies zu hintertreiben. Das tut Herr Rault, um die Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, und nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen. Sie haben wiederholt selbst gesagt, daß sein Wahlspruch ist:"teile und herrsche." Daß die Sozialdemokratie darauf hereingefallen ist, ist sehr bedauerlich.

(Zuruf Dr.Sender: Sie ist nicht in Genf, beruhigen Sie sich.)

Wahrscheinlich machen das einige Personen mit vollem Bewußtsein, die stehen Bürge dafür.

(Zuruf Dr.Sender: Geben Sie heute das Bekenntnis ab, daß Sie die Vorlage ad eins unterstützen.)

Ich habe Ihnen das schon gesagt, daß wir das ohne weiteres tun.

(Zuruf Dr.Sender: Ohne den § 2 !)

Das will ich mir noch überlegen.

(Zurufe: Aha !)

Wir können aber vielleicht noch einen besseren Paragraphen einsetzen.

(Zuruf Dr.Sender: Mit Zustimmung der Organisationen)

Ich will zu etwas anderem kommen, ich will Herrn Dr.Sender seine Fragen ausgiebig beantworten, was wir von Ihnen wollen, was Sie getan haben. Zwischen den Röchling'schen Werken und der Arbeiterschaft ist der Streik ausgebrochen. Der Herr Präsident der Regierungskommission hat eingegriffen. Er hat etwas getan, was wir durchaus gut von ihm ansehen; daß er dafür sorgt, daß die Arbeiter unterkommen, ist wahrlich eine gute Tat, auch wenn er sie mit Nebengedanken begangen hat. Die übrige Regierungskommission hat sich bis jetzt nicht gemeldet. Insbesondere vermissen wir, daß der Herr Koßmann, das saarländische Mitglied der Regierungskommission,in dieser ganzen Frage sich noch nicht gerührt hat.

(Zuruf Reinhard: Er weiß noch nichts davon !)

Herr

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4 I

Herr Koßmann muß endlich aus seiner Beamtenstellung heraustreten und sich fühlen als das saarländische Mitglied der Regierungskommission. Er hat die Aufgabe, hier den Vermittler zu spielen. Ich hätte erwartet, daß er das schon längst getan hätte, daß er schon längst in den Konflikt eingegriffen hätte. Er muß dafür sorgen, daß sämtliche Beteiligten, und zwar die Arbeiter, die Werksleitung der Völklinger Hütte, die Bergwerksdirektion und die Regierung selbst, daß alle diese Beteiligten sich gemeinsam an einen Tisch setzen, um festzustellen zunächst, was richtig und was falsch ist, wie man die Krise beheben kann, welche Mittel dazu geeignet sind.

(Zuruf Dr.Sender: Damit sind wir einverstanden.)

Ich richte von hier aus an ihn die Aufforderung, das schleunigst zu tun,wobei ich meine Enttäuschung nicht verbergen kann, daß er bis jetzt nicht für nötig befunden hat, es zu tun. Das hätte er vorher schon zu tun müssen.

(Zuruf von den Kommunisten: Es fehlt an dem Betriebsrätegesetz!)

(Zuruf Betz: Röchling wollte es einführen !)

Im übrigen, meine Herren, trotz des veränderten Gesichtes des Herrn Präsidenten Hault, und trotz seiner neuerlichen demokratisch-sozialen Einstellung, und trotz alledem, was die Volksstimme geschrieben hat, glaube ich ganz bestimmt, daß wir, ich meine alle, die wir hier sind, im Interesse der gesamten Bevölkerung wieder einig werden, in der einen Frage, die uns zumeist am Herzen liegt.

(Lachen bei den Kommunisten)

Lachen Sie nicht, auch Sie werden dabei sein, wenn es sich darum handelt. Das wird der erste Schritt sein, daß sich die Beteiligten zusammen an einen Tisch setzen, um aus der Welt zu schaffen, was aus der Welt geschafft werden kann, die Krisis zu beseitigen, und dann vorzugehen auf dem Weg, den wir vorher alle zusammen gegangen sind.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Röchling!

chling (LSV): Meine Herren! Im Brennpunkt steht die Behauptung, wir hätten den Achtstundentag beseitigen wollen. Diese Behauptung habe ich in der Presse mehrfach richtig zu stellen versucht, sie ist aber immer wieder aufgetaucht. Wir haben Mitte September vor Entlassung der Arbeiter ein Flugblatt jedem Arbeiter in die Hand gegeben und dieses ist auch veröffentlicht worden in fast allen Zeitungen des Saargebietes. In diesem Flugblatt steht folgendes: Daß entweder mit einem Lohnabbau von 25 % oder einer Mehrleistung von 2 Überstunden zu rechnen sei. Es steht weiter im Anschlag, daß wir versuchen wollen, den Betrieb in der angegebenen Weise weiterzuführen. "Wir hoffen, daß sich die Grubenverwaltung der wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht verschließen wird und eine Preisermäßigung eintreten läßt. Kommt ein so großer Abbau der Kohlenpreise, daß ein verlustloses Arbeiten möglich ist, sind wir gerne bereit, mit den Berufsvertretungen auf Grund der wirtschaftlichen Lage zu verhandeln." Wir haben es gänzlich der Entscheidung der Arbeiterschaft anheimgestellt und zwar wie sich die Arbeiterschaft entscheiden würde, würden wir es annehmen, denn in dem Anschlag heißt es zum Schluß: " Wir bitten die Arbeiterschaft, sich zu entscheiden, entweder für Lohnabbau oder Mehrarbeit. Diese neuen Verhältnisse sollten nur solange Geltung haben, bis eine Herabsetzung der Kohlenpreise vorgenommen sei, denn nur so wäre es möglich gewesen, das Werk weiterzuführen. Alle Versuche, diese Klarstellung soweit durchzubringen, daß sie aufgenommen würde, sind von meiner Seite aus geschehen, aber auf der anderen Seite haben die Volksstimme und die sozialdemokratischen Schreiber daran festgehalten, wir hätten den Zehnstundentag verlangt. Dieser Ausdruck ist erlogen und ferner ist es Tatsache, daß dies von uns nicht geschehen ist.

(Zuruf: Was heißt das denn sonst ?)

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zuruf Reinhard: Das heißt, Vogel friß oder stirb !)

(Unruhe-Schelle des Vorsitzenden)

Es heißt, daß es in der Welt eine gewisse wirtschaftliche Notwendigkeit gibt, der sich kein Gebiet entziehen kann. Es heißt weiter, daß die Voraussetzung für den Betrieb eines jeden Unternehmers die ist, daß er auf die Dauer ohne Verlust existiert. Und wenn in der Nachbarschaft rechts und links der Achtstundentag nicht durchführbar ist, im Gegenteil, wenn in Deutschland die Mehrheit der Arbeiter mehr wie acht Stunden arbeitet und in Frankreich der Achtstundentag durchbrochen ist, glauben Sie da, daß es noch möglich ist, zu konkurrieren. Das ist ein einfaches Rechenexempel, das durch keine Tiraden von hohen Idealen zerstört werden kann. Es kann auch nicht durch Geschrei gelöst werden. Meine Ausführungen heißen, daß die Lebensbedingungen unseres Gebietes so verschoben sind, daß manches nicht denkbar ist, was sonst möglich wäre.

Aber die weitere Frage, um die es sich hier handelt und die Herr Kiefer herausgeschält hat, ist die Kohlenpreisfrage. Ich habe vermißt, daß Herr Dr. Sender irgend ein Wort davon gebracht hat. Die sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftssekretäre haben sehr gute Beziehungen zur Bergwerksdirektion, denn sie wissen Dinge, die mir nicht bekannt sind. Herr Bock hat in einer Versammlung gesagt, daß die anderen Werke die Kohlen um 7.-Franken billiger beziehen würden und Herr Bock hat durchblicken lassen, daß ihm diese Zahlen von

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

der französischen Bergwerksdirektion gegeben worden sind.

(Große Unruhe- unverständliche Zwischenrufe)

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zuruf Dr.Sender: Herr Pick ist Ihr Parteigenosse)

(Zuruf Dr.Sender: Ihr habt die Demokraten glatt verschluckt)

(Schelle des Vorsitzenden)

Den Sitz haben wir verloren nicht wegen der S.P.D.,sondern wegen den Deutschnationalen. Die Frage der Kohlenpreise liegt folgendermaßen:

Seit Mai ds.Js. sind die Kohlenpreise in Westfalen um rund ein Drittel gesunken. Sie stehen nur um 13 bis 15 % über dem Friedenspreis. Die Kohlenpreise in Nordfrankreich stehen für Kokskohlen um 16 % unter dem Friedenspreis. Die Saarkohle steht für mich um 47 bis 57 % über dem Friedenspreis,nur für mich,nicht für die anderen. Meine Herren! Können Sie sich denken,daß man bei derartigen Preisen in der Lage ist,genau zu denselben Bedingungen zu liefern, wie die anderen Werke, oder glauben Sie,(zur Linken) daß Sie die Kunst,Gold zu machen, gelernt haben? Wenn wir das gelernt hätten,könnten wir das. Ich bedauere nur, daß der Kampf für mich eine Notwendigkeit ist und den ich nicht gegen die Arbeiterschaft führe, sondern gegen den französischen Bergfiskus. Wir hatten die Idee, zu versuchen, das Werk zu betreiben unter den schon angegebenen Bedingungen, bis wir von der Bergwerksdirektion die Kohlenpreise verbilligt bekommen. Das hat anscheinend niemand verstanden. Es wäre vielleicht besser gewesen, ich hätte bei Schließung der Werke gesagt, die Kohlenpreise sind zu hoch, wir können nicht mehr weiterarbeiten, das Werk bleibt solange geschlossen,bis die Kohlenpreise heruntergegangen sind. Ich wollte die Stillegung vermeiden und habe den Versuch gemacht, mit der Arbeiterschaft zusammen unter Verlust das Werk so lange weiterzubetreiben, bis die Kohlenfrage gelöst wäre. Das ist mein Verbrechen. Ich muß sagen, ich fasse mich an den Kopf, wie man die Dinge so falsch sehen kann und wie sie so verschoben werden und daß durch diese Verschiebung eine Frontverschiebung stattgefunden hat. Das ist sicher nicht sehr anständig,daß ich selber mit Kot beworfen worden bin. Das macht mir nicht allzuviel. Es wirft nur schlechtes Licht auf diejenigen, die es getan haben, und es wirft vor allen Dingen ein schlechtes Licht auf diejenigen, die reden vom Hohelied der Ideale und die nichts tun, wie Lüge auf Lüge zu häufen. Das ist ein schlechtes Geschäft.

(Zuruf Dr.Sender: Wen meinen Sie da ?)

Das will ich Ihnen sagen. Ein gut Teil der Redaktion der "Volksstimme" und den Leuten, die in der "Volksstimme" schreiben. Das sind Sacher, die rentieren sich auf die Dauer nicht. Sie können sicher sein, das ist kein Geschäft, das sich bezahlt macht. Denn endgültig wird sich ja doch zeigen, was richtig ist und dann werden diejenigen, die die Welt irregeführt haben, die Quittung dafür bekommen. Das ist nicht zu vermeiden, das ist mal so im Lauf der Welt, und dieser Lauf der Welt wird sich hier im Saargebiet nicht umkehren. Aber, meine Herren, das Allerwesentlichste ist ja,wie kommen wir aus der Situation

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I

Situation heraus. Ich will Ihnen hier offen meine Meinung sagen. Wenn die französische Bergwerksdirektion die Kohlenpreise so ermäßigt, daß sie auf die Konkurrenzpreise der westfälischen- ich verlange gar nicht mal die nordfranzösischen Preise-, die Verhältnisse zu den Friedenspreisen, sondern nur die westfälischen- daß diese Preise hier erreicht werden, dann werde ich mich sofort mit unseren Leuten zusammensetzen und darr wird es keine Schwierigkeiten geben. Es handelt sich um 34 bis 43 Prozent Ermäßigung. Nun, meine Herren, Sie werden sagen, das geht nur, wenn der französische Bergfiskus auf die Löhne der Bergarbeiter drückt. Das ist nicht wahr, das will ich Ihnen beweisen. Im ersten halben Jahre dieses Jahres ist die Leistung des Bergarbeiters im Saargebiet die Leistung gewesen, die im Frieden im Jahre 1913 die höchste Leistung war, die es gegeben hat. Und diese Leistung wird bezahlt, ist bezahlt worden in der ersten Hälfte dieses Jahres mit rund dem Friedenslohn, in Gold gerechnet, dem Lohne des Jahres 1913.

(Zuruf Reinhard: Aber nicht mit derselben Kaufkraft)

In Gold umgerechnet, das sage ich ausdrücklich. Der Lohn ist nachher durch die Besserung des Franken eine Kleinigkeit gestiegen. Der Lohn liegt rund um den Friedenslohn. Friedensleistung plus Friedenslohn ergeben den Friedensselbstkostenanteil an Lohn auf die Tonne Kohlen. Das ist klar. Nun bleiben die übrigen Faktoren, das sind vor allen Dingen Holz, Pulver, Dynamit und einige sonstige Materialien, die zum Teil teurer geworden sind. Aber wenn Sie die 15 bis 17 Prozent Mehrpreise nehmen, die die rheinisch-westfälische Kohle gegenüber dem Frieden aufweist, so langen diese Beträge vollkommen um diese Mehrpreise gegenüber dem Friedenspreise zu decken. Der Gewinn des französischen Staates würde dann genau der gleiche sein, den der preußische und bayrische Bergfiskus im Jahre 1913 gemacht hat und der war ganz anständig. Ich glaube , Ihnen hiermit nachgewiesen zu haben, daß es durchaus möglich ist, und daß diese Möglichkeit es dem Saargebiet und der Saarbevölkerung erlauben würde, so ungefähr unter den bisherigen Bedingungen zu arbeiten. Es würde ein bißchen mehr gearbeitet werden müssen, das glaube ich wohl,

(Lachen des Herrn Reinhard)

aber annähernd dieselben Bedingungen würden es wohl sein. Also, das ist eine klipp und klare Situation und ich bin bereit, auf dieser Basis zu verhandeln. Die Sache ist verhältnismäßig einfach. Es fehlt nur die Voraussetzung, daß eben der französische Staat nicht beliebige Gewinne hier aus dem Saargebiet herauszieht. Nun werden Sie vielleicht sagen, das ist eine Aussicht, auf die wir nicht zu hoffen brauchen. Das glaube ich nicht. Die Lage ist doch hier nicht so, als ob es eine Gnade wäre vom französischen Staat, daß er mir gegen gutes Geld Kohlen liefert. Dieses Geschäft besteht darin, daß ich seine Kohlen verarbeite und in Stahl verwandle und diesen Stahl verkaufe. Wenn ich den Stahl nicht verkaufen kann, kann es zu denselben Bedingungen ein anderer auch nicht, denn mit den Kohlenpreisen, mit der Kohlensituation, mit den ganzen Dingen, wie sie hier liegen, kann es ein anderer auch nicht. Wenn natürlich der andere bevorzugt wird und ich bin so dumm, auf die Dauer die ganze Geschichte mitzumachen, dann ist der ganze Erfolg der, daß ich den Weg des Stahlwerks Becker ginge, und diesen Weg des Stahlwerks Becker gehe ich nicht. Ich wäre verrückt, denn ich

würde

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 1

würde niemanden etwas helfen, auch der Arbeiterschaft nicht. Denn der Erfolg wäre höchstens der, daß ich kaputt ginge und die Situation wäre nicht beseitigt. Was wir hier brauchen, wäre eine wirkliche Bereinigung der Lage und diese Bereinigung ist nicht mit zimperlichen Mitteln zu erreichen. Man kann nicht darüber im Zweifel sein. Und wenn auf der anderen Seite die Lage so schwierig geworden ist, so muß ich gestehen, daß es mir nicht unangenehm war, daß die Arbeiterschaft untergebracht worden ist.

(Lachen bei den Kommunisten)

Ganz gewiß nicht, denn glauben Sie, daß mein Kampf wesentlich leichter wird oder wesentlich schwerer würde, wenn die Leute hungernd draußen stehen, als wenn für die Leute wenigstens in irgend einem Falle gesorgt wird.

(Zuruf Dr.Sender: Und uns macht man den Vorwurf, daß wir dafür gesorgt haben!)

Nein, nein,ganz gewiß nicht.

(Zuruf Dr.Sender: Doch, das ist geschehen von Ihrem Freund Schmelzer!)

Aber, daß Sie zum Präsidenten Rault gelaufen sind.

(Zuruf Dr.Sender: Dann hätten es andere machen sollen)
(Zuruf aus der Abgeordnetenmitte: Espinosa soll es machen)

Koßmann war ja noch da.

(Zuruf Dr.Sender: Sie appellieren ja selbst an Herrn Koßmann)

Daß Sie Herrn Rault bei dieser Gelegenheit den Lorbeerkranz um das Haupt binden, ist sicherlich nicht unser Interesse,ganz gewiß nicht.

Meine Herren! Ich glaube, Ihnen in der Hauptsache gesagt zu haben, was zu sagen ist. Eins will ich Ihnen aber noch sagen, das ist die Feststellung: Wieviel Reparationen hat das Saargebiet gezahlt und wieviel wird vom deutschen Reich verlangt in nächster Zeit. Nach den eigenen Angaben des französischen Bergfiskus sind in den 4 Jahren von 1920 bis einschließlich 1923 an Dividenden aus dem Saargebiet herausgezogen worden durchschnittlich etwa 20 Millionen Goldmark, die letztere Zahl ist errechnet. Senator Perrier hat 12 Millionen Goldmark Abschreibungen pro Jahr gerechnet und diese Zahl ist um 8 Millionen Goldmark gegenüber den Abschreibungen Preußens erhöht. Durch eine einfache Nachrechnung können wir das feststellen und das hieße auf den Kopf der Bevölkerung 28,50 Mark. Vom deutschen Reich wird für das Jahr 1924 und 1925 erwartet ein Betrag von 3,50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Für die nächsten Jahre sollen die Beträge steigen auf etwa 11, dann auf etwa 18 Mark und schließlich nach einer längeren Frist, erst über 28,50 Mark. Bei den 28,50 Mark sind die 100 Tage des Bergarbeiterstreiks nicht eingerechnet, was wirklich kein Geschäft war. Lassen wir diese Zeit des Bergarbeiterstreiks aus, dann kommen wir auf die Zahl von etwa 40 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, eine Zahl, die auch nicht vom deutschen Reich erwartet wird. Und dabei gibt es für die Gelder, die Deutschland aufbringen muß, eine große Anleihe von 800 Millionen. Dazu sind

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

sind die Reparationslasten, die Micumlasten, die die Werke getragen haben zurückerstattet worden, damit sie in der Lage waren, die Kohlenpreise zu ermäßigen. Das ist hier alles nicht der Fall. Glauben Sie, daß ich hexen kann? Wenn ich das könnte, würde ich mir diese unangenehme Situation ganz gewiß erspart haben, denn daß sie mir Freude macht, das können Sie wohl nicht gut annehmen, ich glaube auch nicht, daß Sie es tun. Die ganze Frage ist eben einfach die: Wie können wir uns diesem Geschick entziehen? Da habe ich Ihnen vorhin gesagt, wie die Verknüpfung der wirtschaftlichen Dinge tatsächlich liegt. Es handelt sich letzten Endes nicht um Wohltaten im Geschäft, sondern um nüchterne Zahlen, die zusammengebracht werden müssem. Da können Sie natürlich manches in der persönlichen Form mildern,aber die Zahlen können Sie nicht beseitigen und die Zahlen müssen aufgehen und gehen sie nicht auf, so gibt es eben das, was es bei uns gegeben hat. Mein Freund Schmelzer hat Ihnen vorhin nachgewiesen, daß wir Sie oft darauf aufmerksam gemacht haben. Aber man hat es nicht geglaubt. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, da werde ich beschimpft. Es ist nicht ganz zweckmäßig und auch nicht richtig.

Also,meine Herren, ich glaube, es wird gut sein,wenn der Versuch gemacht wird, das zu erreichen, was hier nötig ist, und das ist eine durchgreifende Kohlenpreisermäßigung. Denn ohne das wird die Arbeit hier im Saargebiet immer schwieriger werden, und auch die anderen Werke werden auf die Dauer nicht arbeiten können, wenn sie nicht von ihrer Regierung unterstützt werden. Das ist möglich,daß das geschieht.

rsitzender: Herr Dr.Röchling, Sie haben der Volksstimme der Vorwurf der bewußten Lüge gemacht. Ich weise diesen Vorwurf zurück. Auf der Rednerliste stehen noch drei Herren. Da wir aber alle abgespannt sind, schlage ich vor, daß wir die Debatte nicht abbrechen, sondern nur vertagen. Vielleicht kommen wir bereits am Donnerstag wieder zusammen, sofern bis dahin die Arbeitszeitvorlage eingegangen ist. Wenn Sie damit einverstanden sind, vertage ich die Sitzung.

Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

atskommissar Dr.Heim: Der Herr Abg. Schmelzer hat gesagt, wenn die Zustände im Gefängnis so sind, wie Herr Reinhard vorgetragen hat, müßte dies nachgeprüft werden.

(Große Unruhe- die Abgeordneten verlassen den Saal und nur auf die Rufe des Vorsitzenden, sich noch einige Minuten zu gedulden, hören einige Abgeordnete stehend zu. Durch die entstandene Unruhe war der Redner am Stenographentisch nicht zu verstehen.)

Herr Reinhard hat in der Weitergabe einer Eingabe an den Völkerbund eine Beleidigung erblickt. Eingaben, die an den Völkerbund gehen, gehen in unveränderter Form weiter. Eine Geschäftspraxis kann niemals eine Beleidigung sein.

sitzender: ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4 I

behauptet, die anderen Parteien machen uns schlecht, werfen uns vor, was nicht der Fall ist. Ich weiß .. nicht, ob Herr Dr. Sender die Volksstimme liest, vielleicht liebt er eine bessere Lektüre.

(Unruhe- Lachen)

Jedenfalls steht eins in der Volksstimme drin, für das ich den Herrn Dr. Sender um Erklärung bitte, und zwar in der Nummer vom 17. September ds. Js. unter " Arbeitnehmer wachet auf ! " unterzeichnet mit " K ". Ich vermute, daß es Herr Kimmritz war. Es steht da folgendes :

" Es ist nur gut, daß wir heute noch nicht das Jahr 1935 haben, in dem voraussichtlich ein gewaltiger Abstimmungsrummel inszeniert werden wird. In welcher Stimmung die Arbeiter zur Abstimmung schreiten würden: auf der einen Seite schwerst politische, wirtschaftliche und soziale Reaktion, auf der anderen Seite den Fortschritt auf den genannten Gebieten-das braucht man wohl nicht auseinanderzusetzen."

Ich frage Sie, Herr Dr. Sender, was soll das bedeuten ? Was soll insbesondere das Wort " Abstimmungsrummel " bedeuten? Im Saargebiet ist die Bevölkerung so gesinnt, daß sie sich verbitten wird, von einem Abstimmungsrummel 1935 zu reden. Das wissen Sie als geborener Saarländer auch.

(Zuruf Dr. Sender: Fragen Sie Herrn Kimmritz !)

Sagen Sie das bitte Herrn Kimmritz ! Der Herr " K " schreibt noch weiter:

" Es geht nicht gut an, daß sich die Gewerkschaften dauernd als Prügeljungen in dem politischen Ränkespiel zwischen Röchling, Vopelius und Genossen und der Saarregierung und der französischen Regierung benutzen lassen sollen."

Ich frage Sie wiederum, Herr Dr. Sender, was bedeutet das ? Herr Kimmritz meint also, daß Röchling, Vopelius und Genossen auf der einen Seite und Saarregierung und französische Regierung auf der anderen Seite ein Ränkespiel machen würden. Ob das ein Ränkespiel war ? Sie sind nicht der Meinung, Herr Dr. Sender, daß es ein Ränkespiel war, sonst hätten Sie sich nicht daran beteiligt. Das Ränkespiel wird aber weiterbestehen auch mit Unterstützung der Sozialdemokratie, das glaube ich, Ihnen zu Ihrer Ehre hier sagen zu müssen. Am Schluß des Artikels " Der Kampf müsse gegen Ost und West aufgenommen werden, ist eine Redensart, die ich gern vermißt hätte. Er sagt aber noch mehr und zwar in einem Artikel " Aus dem Königreich Röchling."

" Wenn er (Röchling) insbesondere die Kohlenfrage in den Vordergrund schiebt, so haben wir heute die einwandfreien Beweise in der Hand, daß er auch die Kohlen billiger haben könnte, wenn er nur wollte, wenn er seinen Starrkopf aufgeben würde,."

Es wissen Unbeteiligte offenbar nicht, was es mit diesem Starrkopf auf sich hat. Vielleicht weiß es Herr Kimmritz. Es hat folgende Bewandtnis :

Vor

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

behauptet,die anderen Parteien machen uns schlecht, werfen uns vor, was nicht der Fall ist. Ich weiß .. nicht,ob Herr Dr.Sender die Volksstimme liest,vielleicht liebt er eine bessere Lektüre.

(Unruhe- Lachen)

Jedenfalls steht eins in der Volksstimme drin, für das ich den Herrn Dr.Sender um Erklärung bitte, und zwar in der Nummer vom 17.September ds.Js. unter " Arbeitnehmer wachet auf !" unterzeichnet mit " K ". Ich vermute, daß es Herr Kimmritz war. Es steht da folgendes :

" Es ist nur gut, daß wir heute noch nicht das Jahr 1935 haben, in dem voraussichtlich ein gewaltiger Abstimmungsrummel inszeniert werden wird. In welcher Stimmung die Arbeiter zur Abstimmung schreiten würden: auf der einen Seite schwerst politische, wirtschaftliche und soziale Reaktion, auf der anderen Seite den Fortschritt auf den genannten Gebieten-das braucht man wohl nicht auseinanderzusetzen."

Ich frage Sie,Herr Dr.Sender, was soll das bedeuten ? Was soll insbesondere das Wort" Abstimmungsrummel " bedeuten? Im Saargebiet ist die Bevölkerung so gesinnt, daß sie sich verbitten wird, von einem Abstimmungsrummel 1935 zu reden. Das wissen Sie als geborener Saarländer auch.

(Zuruf Dr.Sender: Fragen Sie Herrn Kimmritz !)

Sagen Sie das bitte Herrn Kimmritz ! Der Herr " K " schreibt noch weiter:

" Es geht nicht gut an, daß sich die Gewerkschaften dauernd als Prügeljungen in dem politischen Ränkespiel zwischen Röchling,Vopelius und Genossen und der Saarregierung und der französischen Regierung benutzen lassen sollen."

Ich frage Sie wiederum, Herr Dr.Sender, was bedeutet das ? Herr Kimmritz meint also, daß Röchling, Vopelius und Genossen auf der einen Seite und Saarregierung und französische Regierung auf der anderen Seite ein Ränkespiel machen würden. Ob das ein Ränkespiel war ? Sie sind nicht der Meinung,Herr Dr. Sender, daß es ein Ränkespiel war, sonst hätten Sie sich nicht daran beteiligt. Das Ränkespiel wird aber weiterbestehen auch mit Unterstützung der Sozialdemokratie, das glaube ich, Ihnen zu Ihrer Ehre hier sagen zu müssen. Am Schluß des Artikels " Der Kampf müsse gegen Ost und West aufgenommen werden, ist eine Redensart, die ich gern vermißt hätte. Er sagt aber noch mehr und zwar in einem Artikel " Aus dem Königreich Röchling."

" Wenn er (Röchling) insbesondere die Kohlenfrage in den Vordergrund schiebt, so haben wir heute die einwandfreien Beweise in der Hand, daß er auch die Kohlen billiger haben könnte, wenn er nur wollte, wenn er seinen Starrkopf aufgeben würde,."

Es wissen Unbeteiligte offenbar nicht, was es mit diesem Starrkopf auf sich hat. Vielleicht weiß es Herr Kimmritz. Es hat folgende Bewandtnis :

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

Vor einiger Zeit wurde der Völklinger Werksleitung bekannt, daß die anderen Werke ihre Kohlen billiger bekommen. Daraufhin ging ein Arbeiter nach Paris und frägt den Herrn Fontaine, wie es kommt, daß andere Werke billigere Kohlen bekommen. Daraufhin wurde ihm geantwortet: "Ihr Geschäft ist für uns nicht interessant, Sie schließen mit uns keine langfristigen Verträge ab. Gehen Sie nach Saarbrücken zu Herrn Defline. Der Vertreter von Röchling ging zu Herrn Deflin und dieser antwortete, die billigeren Preise können sie bekommen, aber die Politik muß geändert werden. Und das ist der Starrkopf von Herrn Röchling, daß er seine Politik nicht ändert.

Ich frage Sie, Herr Dr. Sender im Hinblick auf die Ausführungen in der Volksstimme, was soll das bedeuten ?

(Zuruf Dr. Sender: Ich weiß nicht, ob das Kimmritz geschrieben hat.)

Dann fragen Sie ihn bitte. Sie treten hier auf als Sprecher der sozialdemokratischen Partei. Was er geschrieben hat

(Zuruf Dr. Sender: Was hat die Sozialdemokratie denn getan ?)

das steht im Parteiorgan der sozialdemokratischen Partei, das steht in der Volksstimme. Ich kann mir vorstellen, daß Ihnen das unangenehm ist, was ich Ihnen sage, daß Herr Führmann in einem Streik, der im Baugewerbe stattfand, sich hergab, in sämtlichen Zeitungen des besetzten Gebietes Streikbrecher zu suchen. Wenn Sie dort desavouiert wurden im Ludwigspark, dann kann es Ihnen passieren, daß Sie heute wieder desavouiert werden. Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß derartige Dinge dann eben nicht passieren, tragen Sie die Verantwortung mit dafür. Wenn Herr Dr. Sender sagt " unsere Vergangenheit war makellos" so unterschreibe ich das zu Ehren der sozialdemokratischen Partei, ihre Vergangenheit war makellos. Aber, Herr Dr, Sender, sorgen Sie dafür, daß die Zukunft der sozialdemokratischen Partei ebenso makellos bleibt, wie die Vergangenheit und daß Sie nicht gewisse Leute Ihrer Partei in eine Richtung drängen, die Ihnen auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht danken wird. Das ist Ihre Aufgabe, Herr Dr. Sender. Ich komme nachher noch auf eine Sache zurück, die ist vielleicht noch schwerwiegender, die ebenfalls in der Volksstimme stand.

(Zuruf Dr. Sender: Ist das vielleicht Herr Notton?)

Nein, Sie wissen, daß wir uns auch mit Herrn Notton befassen.

(Zuruf Reinhard: Gehören Sie der sozialdemokratischen Partei an ?)

Das ist schon deshalb nicht möglich, weil ich Ihnen recht gegeben habe. Außerdem hat die Sozialdemokratie sich sicher in diesem ganzen Kampf verrechnet, wahrscheinlich verrechnet, sie hat den Kurs gewechselt, die Kursschwenkung vielleicht deshalb vorgenommen, weil sie zu sehr mit Ihrer Konkurrenz rechnet. Sie schlägt den Kurs ein, den Sie vielleicht gemacht haben.

(Zuruf Reinhard: Wer, ich ?)

Sie persönlich nicht, aber Ihre Fraktion.

(Zuruf Reinhard: Auf jeden Fall haben wir Ordnung geschafft.

Nun

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Nun meine Herren, wird dem Herrn Röchling unter anderem auch der Vorwurf gemacht, daß er sicher wohl nicht so schlecht gestellt sei, denn er nehme umfangreiche Bauten in seinem Werk vor. Es wird ihm natürlich in einem Atemzuge gesagt, er solle dafür sorgen, daß sein Werk modern würde. Wenn er aber Abänderungen macht, so wird ihm das angekreidet durch den Herrn " K ". Da müßte Ihre Stadtratsfraktion eingreifen. Die Stadtratsfraktion der sozialdemokratischen Partei weiß ganz genau, was es mit dem Bau des Kraftwerkes Wehrden auf sich hat. Nebenbei noch gesagt, wer hat bei dem großen Bergarbeiterstreik doch immerhin einige Bergleute aufgenommen, und wer hat sein Werk weitergeführt ? Das war Röchling.

(Zuruf Betz: Heute kann er das nicht mehr. Damals hat er es mit englischer Kohle gekonnt und heute nicht mehr. Die englische Kohle war gewiß teurer als die Saarkohle.)

Das ist richtig, aber Sie sollten ihm doch dafür dankbar sein, daß er die englische Kohle gekauft hat, um sein Werk weiter zu führen.

(Zuruf Reinhard: Das ist alles Politik !)

Ich komme gleich auf die Politik des Bergarbeiterstreiks zurück. Sie werden Ihre Freude daran haben, besonders Ihr Freund Kimmritz.

(Zuruf Reinhard: Der, welcher die Kunogelder ausgezahlt hat ?)

Das weiß ich nur von Hörensagen. Bei diesem Bergarbeiterstreik hat der demokratische- soziale Präsident der Regierungskommission sich nicht so betätigt, wie jetzt. Gewisse Unternehmungen haben tatkräftig eingegriffen, um einen Druck auf die Bergleute auszuüben.

(Zuruf Ulrich: Notverordnung !)

Unterbrechen Sie mich nicht, es ist auch für Sie interessant. Die Dinge lagen so, die Bergwerksdirektion hatte ein großes Interesse daran, durch irgendwelche Machenschaften einen Druck auf die Bergleute auszuüben. Nun wendet sich ja bekanntlich die öffentliche Meinung leicht gegen Streikende, wenn die Bevölkerung unter diesem Streik leidet. Das hat man in Saarbrücken so erreicht, daß man den Strom, der von dem Werk Luisenthal kam, abgesperrt hat. Dadurch hatten die Leute kein Licht, die Geschäfte keinen Strom,usw. Es wurde damals behauptet,das Werk in Luisenthal hätte ganz gut den Strom liefern können, wenn es nur gewollt hätte. Die Stadt Saarbrücken hat einen Stromlieferungsvertrag mit der Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft, der sogenannten S.L.E. Die S.L.E. hat nicht geliefert. Als die Dinge vorbei waren, hat man in Saarbrücken geklagt, das sind unerwünschte Zustände, wir sorgen dafür,daß das nicht wieder vorkommt, wir wollen uns eine Reserve schaffen. Sie können sich jedenfalls noch entsinnen auf die Verhandlungen im Stadtrat und auf die Artikel in den Zeitungen, ob ein Dieselmotor oder eine Dampfturbine in Betracht käme. Das ging aber alles nicht, denn dieser Lieferungsvertrag ist gekündigt bis zum 7.November ds.Js. Die Stadt Saarbrücken war in großer Not. In dieser Not ist der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken zu mir gekommen, ich solle mit ihm zu Herr Röchling

gehen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3

A4

gehen, um ihn zum Bau eines Elektrizitätswerkes zu veranlassen, was die Versorgung der Stadt Saarbrücken übernehmen könnte. Herr Röchling hat damals gleich ~~ganz~~ zugesagt, nur seine Direktoren nicht. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung bestätigen, weil ich bei der Geschichte beteiligt war. Die Direktoren sagten zu Herrn Röchling :" Das dürfen Sie nie und nimmer mehr machen, denn wenn Sie das machen, verdienen wir nichts bei der ganzen Geschichte überhaupt, sondern wir setzen Geld zu." Und Herr Röchling hat doch im Interesse der Stadt Saarbrücken dieses Werk gebaut.

(Zuruf : Ach wie schön !)

Das weiß die sozialdemokratische Stadtratsfraktion ganz genau, wie die Dinge liegen. Trotzdem bringt Herr "K " es fertig, diese Dinge zu schreiben.

(Zuruf vom Zentrum: Er ist selbst Stadtverordneter !)

Also, er weiß es aus eigener Erfahrung. Die Stadt Saarbrücken hat ein großes Interesse daran, daß dieses Werk am 7.November 1924 fertig ist. Die S.L.E. lauert natürlich darauf. Sie ist nicht diese kleine Gesellschaft allein, sondern das ist eine große Kraftversorgungszentrale. Deshalb müßte eigentlich von Ihrem Standpunkt erreicht werden, daß der Weiterbau des Werkes möglich bleibt. Ich stelle fest, daß Herr Röchling gar kein Interesse daran hat, daß dieses Werk fertig wird, wohl aber die Stadt Saarbrücken. Und was schreibt jetzt Herr " K."

" Was würde die Welt dazu sagen, denen, nicht zuletzt auf das Betreiben Röchlings, seitens der Stadt der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde, sich großmütig der Bevölkerung Saarbrückens annehmen würden, wenn das Gefühl, im Interesse der Allgemeinheit seine Pflicht zu erfüllen über das andere, sich als Notnagel behandelt zu sehen, den Sieg davontragen würde."

(Zurufe: Hört, hört !)

Glaubt der Herr Kimmritz, daß die französische Gesellschaft bei dem Interesse, das sie an den Angelegenheiten im Saargebiet nehme, ihre sonstigen Interessen zurückstellen würde, und glaubt er, daß sie sich großmütig zur Verfügung stellen würde, selbst wo sie das Gefühl hat, ich werde im November nur als Notnagel benutzt werden. Herr Dr.Sender, glauben Sie, daß Herr Kimmritz das glaubt ? Haben Sie nicht auch den Gedanken, daß man hier ausrufen könnte :" Nachtigall, ick hör dir trapsen !"

(Lachen)

(Zuruf Dr.Sender: Verlesen Sie jetzt meine Rede auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.) Ich kenne den Herrn "K" nicht.)

Sie kennen den Herrn nicht ? Es ist der Herr Kimmritz, der Führer der freien Gewerkschaften, der Artikelschreiber der Volksstimme in dieser Frage. Ich nehme an, daß Sie ihn nicht kennen wollen.

Wir machen der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie den Wirtschaftsstreit aus dem wirtschaftlichen in das politische Fahrwasser gezogen hat und wir bedauern das außerordentlich. Es handelt sich nicht um den Achtstundentag, das sind

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

sind alles Manöver.

(Zuruf Dr.Sender: Das sind bei Ihnen faule Redensarten !)

Daß die sozialdemokratische Partei zum Präsidenten Rault gegangen ist, verstehe ich nur zum Teil.

(Zuruf Dr.Sender: Meinen Sie, wir hätten den Herrn Röchling mitnehmen sollen?)

Sie hätten es sollen machen wie im Mai und hätten zur gesamten Regierungskommission gehen sollen.

(Zuruf Dr.Sender: Die Regierung war ja zum Teil abwesend !)

Aber die eben gekennzeichneten Einflüsse brachten es fertig, dies zu hintertreiben. Das tut Herr Rault, um die Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, und nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen. Sie haben wiederholt selbst gesagt, daß sein Wahlspruch ist:"teile und herrsche." Daß die Sozialdemokratie darauf hereingefallen ist, ist sehr bedauerlich.

(Zuruf Dr.Sender: Sie ist nicht in Genf, beruhigen Sie sich.)

Wahrscheinlich machen das einige Personen mit vollem Bewußtsein, die stehen Bürge dafür.

(Zuruf Dr.Sender: Geben Sie heute das Bekenntnis ab, daß Sie die Vorlage ad eins unterstützen.)

Ich habe Ihnen das schon gesagt, daß wir das ohne weiteres tun.

(Zuruf Dr.Sender: Ohne den § 2 !)

Das will ich mir noch überlegen.

(Zurufe: Aha !)

Wir können aber vielleicht noch einen besseren Paragraphen einsetzen.

(Zuruf Dr.Sender: Mit Zustimmung der Organisationen)

Ich will zu etwas anderem kommen, ich will Herrn Dr.Sender seine Fragen ausgiebig beantworten, was wir von Ihnen wollen, was Sie getan haben. Zwischen den Röchling'schen Werken und der Arbeiterschaft ist der Streik ausgebrochen. Der Herr Präsident der Regierungskommission hat eingegriffen. Er hat etwas getan, was wir durchaus gut von ihm ansehen; daß er dafür sorgt, daß die Arbeiter unterkommen, ist wahrlich eine gute Tat, auch wenn er sie mit Nebengedanken begangen hat. Die übrige Regierungskommission hat sich bis jetzt nicht gemeldet. Insbesondere vermissen wir, daß der Herr Koßmann, das saarländische Mitglied der Regierungskommission, in dieser ganzen Frage sich noch nicht gerührt hat.

(Zuruf Reinhard: Er weiß noch nichts davon !)

Herr

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Herr Koßmann muß endlich aus seiner Beamtenstellung heraustreten und sich fühlen als das saarländische Mitglied der Regierungskommission. Er hat die Aufgabe, hier den Vermittler zu spielen. Ich hätte erwartet, daß er das schon längst getan hätte, daß er schon längst in den Konflikt eingegriffen hätte. Er muß dafür sorgen, daß sämtliche Beteiligten, und zwar die Arbeiter, die Werksleitung der Völklinger Hutte, die Bergwerksdirektion und die Regierung selbst, daß alle diese Beteiligten sich gemeinsam an einen Tisch setzen, um festzustellen zunächst, was richtig und was falsch ist, wie man die Krise beheben kann, welche Mittel dazu geeignet sind.

(Zuruf Dr.Sender: Damit sind wir einverstanden.)

Ich richte von hier aus an ihn die Aufforderung, das schleunigst zu tun,wobei ich meine Enttäuschung nicht verbergen kann, daß er bis jetzt nicht für nötig befunden hat, es zu tun. Das hätte er vorher schon zu tun missen.

(Zuruf von den Kommunisten: Es fehlt an dem Betriebsrätegesetz!)

(Zuruf Betz: Röchling wollte es einfuhren !)

Im übrigen, meine Herren, trotz des veränderten Gesichtes des Herrn Präsidenten Kault, und trotz seiner neuerlichen demokratisch-sozialen Einstellung, und trotz alledem, was die Volksstimme geschrieben hat, glaube ich ganz bestimmt, daß wir, ich meine alle, die wir hier sind, im Interesse der gesamten Bevölkerung wieder einig werden, in der einen Frage, die uns zumeist am Herzen liegt.

(Lachen bei den Kommunisten)

Lachen Sie nicht, auch Sie werden dabei sein, wenn es sich darum handelt. Das wird der erste Schritt sein, daß sich die Beteiligten zusammen an einen Tisch setzen, um aus der Welt zu schaffen, was aus der Welt geschafft werden kann, die Krisis zu beseitigen, und dann vorzugehen auf dem Weg, den wir vorher alle zusammen gegangen sind.

(Bravo- Rufe !)

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

rsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Röchling!

chling (DSV): Meine Herren! Im Brennpunkt steht die Behauptung, wir hätten den Achtstundentag beseitigen wollen. Diese Behauptung habe ich in der Presse mehrfach richtig zu stellen versucht, sie ist aber immer wieder aufgetaucht. Wir haben Mitte September vor Entlassung der Arbeiter ein Flugblatt jedem Arbeiter in die Hand gegeben und dieses ist auch veröffentlicht worden in fast allen Zeitungen des Saargebietes. In diesem Flugblatt steht folgendes: Daß entweder mit einem Lohnabbau von 25 % oder einer Mehrleistung von 2 Überstunden zu rechnen sei. Es steht weiter im Anschlag, daß wir versuchen wollen, den Betrieb in der angegebenen Weise weiterzuführen. "Wir hoffen, daß sich die Grubenverwaltung der wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht verschließen wird und eine Preisermäßigung eintreten läßt. Kommt ein so großer Abbau der Kohlenpreise, daß ein verlustloses Arbeiten möglich ist, sind wir gerne bereit, mit den Berufsvertretungen auf Grund der wirtschaftlichen Lage zu verhandeln." Wir haben es gänzlich der Entscheidung der Arbeiterschaft anheimgestellt und zwar wie sich die Arbeiterschaft entscheiden würde, würden wir es annehmen, denn in dem Anschlag heißt es zum Schluß: " Wir bitten die Arbeiterschaft, sich zu entscheiden, entweder für Lohnabbau oder Mehrarbeit. Diese neuen Verhältnisse sollten nur solange Geltung haben, bis eine Herabsetzung der Kohlenpreise vorgenommen sei, denn nur so wäre es möglich gewesen, das Werk weiterzuführen. Alle Versuche, diese Klarstellung soweit durchzubringen, daß sie aufgenommen würde, sind von meiner Seite aus geschehen, aber auf der anderen Seite haben die Volksstimme und die sozialdemokratischen Schreiber daran festgehalten, wir hätten den Zehnstundentag verlangt. Dieser Ausdruck ist erlogen und ferner ist es Tatsache, daß dies von uns nicht geschehen ist.

(Zuruf: Was heißt das denn sonst ?)

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zuruf Reinhard: Das heißt, Vogel friß oder stirb !)

(Unruhe-Schelle des Vorsitzenden)

Es heißt, daß es in der Welt eine gewisse wirtschaftliche Notwendigkeit gibt, der sich kein Gebiet entziehen kann. Es heißt weiter, daß die Voraussetzung für den Betrieb eines jeden Unternehmers die ist, daß er auf die Dauer ohne Verlust existiert. Und wenn in der Nachbarschaft rechts und links der Achtstundentag nicht durchführbar ist, im Gegenteil, wenn in Deutschland die Mehrheit der Arbeiter mehr wie acht Stunden arbeitet und in Frankreich der Achtstundentag durchbrochen ist, glauben Sie da. daß es noch möglich ist, zu konkurrieren. Das ist ein einfaches Rechenexempel, das durch keine Tiraden vom hohen Idealen zerstört werden kann. Es kann auch nicht durch Geschrei gelöst werden. Meine Ausführungen heißen, daß die Lebensbedingungen unseres Gebietes so verschoben sind, daß manches nicht denkbar ist, was sonst möglich wäre.

Aber die weitere Frage, um die es sich hier handelt und die Herr Kiefer herausgeschält hat, ist die Kohlenpreisfrage. Ich habe vermißt, daß Herr Dr. Sender irgend ein Wort davon gebracht hat. Die sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftssekretäre haben sehr gute Beziehungen zur Bergwerksdirektion, denn sie wissen Dinge, die mir nicht bekannt sind. Herr Bock hat in einer Versammlung gesagt, daß die anderen Werke die Kohlen um 7.-Franken billiger beziehen würden und Herr Bock hat durchblicken lassen, daß ihm diese Zahlen von

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

der ~~französischen~~ Bergwerksdirektion gegeben worden sind.

(Große Unruhe- unverständliche Zwischenrufe)

(Schelle des Vorsitzenden)

(Zuruf Dr.Sender: Herr Pick ist Ihr Parteigenosse)

(Zuruf Dr.Sender: Ihr habt die Demokraten glatt verschluckt)

(Schelle des Vorsitzenden)

Den Sitz haben wir verloren nicht wegen der S.P.D.,sondern wegen den Deutschnationalen. Die Frage der Kohlenpreise liegt folgendermaßen:

Seit Mai ds.Js. sind die Kohlenpreise in Westfalen um rund ein Drittel gesunken. Sie stehen nur um 13 bis 15 % über dem Friedenspreis. Die Kohlenpreise in Nordfrankreich stehen für Kokskohlen um 16 % unter dem Friedenspreis. Die Saarkohle steht für mich um 47 bis 57 % über dem Friedenspreis,nur für mich,nicht für die anderen. Meine Herren! Können Sie sich denken,daß man bei derartigen Preisen in der Lage ist,genau zu denselben Bedingungen zu liefern, wie die anderen Werke, oder glauben Sie,(zur Linken) daß Sie die Kunst,Gold zu machen, gelernt haben? Wenn wir das gelernt hätten,könnten wir das. Ich bedauere nur, daß der Kampf für mich eine Notwendigkeit ist und den ich nicht gegen die Arbeiterschaft führe, sondern gegen den französischen Bergfiskus. Wir hatten die Idee, zu versuchen, das Werk zu betreiben unter den schon angegebenen Bedingungen, bis wir von der Bergwerksdirektion die Kohlenpreise verbilligt bekommen. Das hat anscheinend niemand verstanden. Es wäre vielleicht besser gewesen, ich hätte bei Schließung der Werke gesagt, die Kohlenpreise sind zu hoch, wir können nicht mehr weiterarbeiten, das Werk bleibt solange geschlossen,bis die Kohlenpreise heruntergegangen sind. Ich wollte die Stillegung vermeiden und habe den Versuch gemacht, mit der Arbeiterschaft zusammen unter Verlust das Werk so lange weiterzubetreiben, bis die Kohlenfrage gelöst wäre. Das ist mein Verbrechen. Ich muß sagen, ich fasse mich an den Kopf, wie man die Dinge so falsch sehen kann und wie sie so verschoben werden und daß durch diese Verschiebung eine Frontverschiebung stattgefunden hat. Das ist sicher nicht sehr anständig,daß ich selber mit Kot beworfen worden bin. Das macht mir nicht allzuviel. Es wirft nur schlechtes Licht auf diejenigen, die es getan haben, und es wirft vor allen Dingen ein schlechtes Licht auf diejenigen, die reden vom Hohelied der Ideale und die nichts tun, wie Lüge auf Lüge zu häufen. Das ist ein schlechtes Geschäft.

(Zuruf Dr.Sender: Wen meinen Sie da ?)

Das will ich Ihnen sagen. Ein gut Teil der Redaktion der "Volksstimme" und den Leuten, die in der "Volksstimme" schreiben. Das sind Sacher, die rentieren sich auf die Dauer nicht. Sie können sicher sein, das ist kein Geschäft, das sich bezahlt macht. Denn endgültig wird sich ja doch zeigen, was richtig ist und dann werden diejenigen, die die Welt irregeführt haben, die Quittung dafür bekommen. Das ist nicht zu vermeiden, das ist mal so im Lauf der Welt, und dieser Lauf der Welt wird sich hier im Saargebiet nicht umkehren. Aber, meine Herren, das Allerwesentlichste ist ja,wie kommen wir aus der Situation

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4

Situation heraus. Ich will Ihnen hier offen meine Meinung sagen. Wenn die französische Bergwerksdirektion die Kohlenpreise so ermäßigt, daß sie auf die Konkurrenzpreise der westfälischen- ich verlange gar nicht mal die nordfranzösischen Preise-, die Verhältnisse zu den Friedenspreisen, sondern nur die westfälischen- daß diese Preise hier erreicht werden, dann werde ich mich sofort mit unseren Leuten zusammensetzen und darr wird es keine Schwierigkeiten geben. Es handelt sich um 34 bis 43 Prozent Ermäßigung. Nun, meine Herren, Sie werden sagen, das geht nur, wenn der französische Bergfiskus auf die Löhne der Bergarbeiter drückt. Das ist nicht wahr, das will ich Ihnen beweisen. Im ersten halben Jahre dieses Jahres ist die Leistung des Bergarbeiters im Saargebiet die Leistung gewesen, die im Frieden im Jahre 1913 die höchste Leistung war, die es gegeben hat. Und diese Leistung wird bezahlt, ist bezahlt worden in der ersten Hälfte dieses Jahres mit rund dem Friedenslohn, in Gold gerechnet, dem Lohne des Jahres 1913.

(Zuruf Reinhard: Aber nicht mit derselben Kaufkraft)

In Gold umgerechnet, das sage ich ausdrücklich. Der Lohn ist nachher durch die Besserung des Franken eine Kleinigkeit gestiegen. Der Lohn liegt rund um den Friedenslohn. Friedensleistung plus Friedenslohn ergeben den Friedensselbstkostenanteil an Lohn auf die Tonne Kohlen. Das ist klar. Nun bleiben die übrigen Faktoren, das sind vor allen Dingen Holz, Pulver, Dynamit und einige sonstige Materialien, die zum Teil teurer geworden sind. Aber wenn Sie die 15 bis 17 Prozent Mehrpreise nehmen, die die rheinisch-westfälische Kohle gegenüber dem Frieden aufweist, so langen diese Beträge vollkommen um diese Mehrpreise gegenüber dem Friedenspreise zu decken. Der Gewinn des französischen Staates würde dann genau der gleiche sein, den der preußische und bayrische Bergfiskus im Jahre 1913 gemacht hat und der war ganz anständig. Ich glaube , Ihnen hiermit nachgewiesen zu haben, daß es durchaus möglich ist, und daß diese Möglichkeit es dem Saargebiet und der Saarbevölkerung erlauben würde, so ungefähr unter den bisherigen Bedingungen zu arbeiten. Es würde ein bißchen mehr gearbeitet werden müssen, das glaube ich wohl,

(Lachen des Herrn Reinhard)

aber annähernd dieselben Bedingungen würden es wohl sein. Also, das ist eine klipp und klare Situation und ich bin bereit, auf dieser Basis zu verhandeln. Die Sache ist verhältnismäßig einfach. Es fehlt nur die Voraussetzung, daß eben der französische Staat nicht beliebige Gewinne hier aus dem Saargebiet herauszieht. Nun werden Sie vielleicht sagen, das ist eine Aussicht, auf die wir nicht zu hoffen brauchen. Das glaube ich nicht. Die Lage ist doch hier nicht so, als ob es eine Gnade wäre vom französischen Staat, daß er mir gegen gutes Geld Kohlen liefert. Dieses Geschäft besteht darin, daß ich seine Kohlen verarbeite und in Stahl verwandle und diesen Stahl verkaufe. Wenn ich den Stahl nicht verkaufen kann, kann es zu denselben Bedingungen ein anderer auch nicht, denn mit den Kohlenpreisen, mit der Kohlensituation, mit den ganzer Dingen, wie sie hier liegen, kann es ein anderer auch nicht. Wenn natürlich der andere bevorzugt wird und ich bin so dumm, auf die Dauer die ganze Geschichte mitzumachen, dann ist der ganze Erfolg der, daß ich den Weg des Stahlwerks Becker ginge, und diesen Weg des Stahlwerks Becker gehe ich nicht. Ich wäre verrückt, denn ich

würde

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

würde niemanden etwas helfen, auch der Arbeiterschaft nicht. Denn der Erfolg wäre höchstens der, daß ich kaputt ginge und die Situation wäre nicht beseitigt. Was wir hier brauchen, wäre eine wirkliche Bereinigung der Lage und diese Bereinigung ist nicht mit zimperlichen Mitteln zu erreichen. Man kann nicht darüber im Zweifel sein. Und wenn auf der anderen Seite die Lage so schwierig geworden ist, so muß ich gestehen, daß es mir nicht unangenehm war, daß die Arbeiterschaft untergebracht worden ist.

(Lachen bei den Kommunisten)

Ganz gewiß nicht, denn glauben Sie, daß mein Kampf wesentlich leichter wird oder wesentlich schwerer würde, wenn die Leute hungernd draußen stehen, als wenn für die Leute wenigstens in irgend einem Falle gesorgt wird.

(Zuruf Dr.Sender: Und uns macht man den Vorwurf, daß wir dafür gesorgt haben!)

Nein, nein,ganz gewiß nicht.

(Zuruf Dr.Sender: Doch, das ist geschehen von Ihrem Freund Schmelzer!)

Aber, daß Sie zum Präsidenten Rault gelaufen sind.

(Zuruf Dr.Sender: Dann hätten es andere machen sollen)
(Zuruf aus der Abgeordnetenmitte: Espinosa soll es machen)

Koßmann war ja noch da.

(Zuruf Dr.Sender: Sie appellieren ja selbst an Herrn Koßmann)

Daß Sie Herrn Rault bei dieser Gelegenheit den Lorbeerkranz um das Haupt binden, ist sicherlich nicht unser Interesse,ganz gewiß nicht.

Meine Herren! Ich glaube, Ihnen in der Hauptsache gesagt zu haben, was zu sagen ist. Eins will ich Ihnen aber noch sagen, das ist die Feststellung: Wieviel Reparationen hat das Saargebiet gezahlt und wieviel wird vom deutschen Reich verlangt in nächster Zeit. Nach den eigenen Angaben des französischen Bergfiskus sind in den 4 Jahren von 1920 bis einschließlich 1923 an Dividenden aus dem Saargebiet herausgezogen worden durchschnittlich etwa 20 Millionen Goldmark, die letztere Zahl ist errechnet. Senator Perrier hat 12 Millionen Goldmark Abschreibungen pro Jahr gerechnet und diese Zahl ist um 8 Millionen Goldmark gegenüber den Abschreibungen Preußens erhöht. Durch eine einfache Nachrechnung können wir das feststellen

und das hieße auf den Kopf der Bevölkerung 28,50 Mark. Vom deutschen Reich wird für das Jahr 1924 und 1925 erwartet ein Betrag von 3,50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Für die nächsten Jahre sollen die Beträge steigen auf etwa 11, dann auf etwa 18 Mark und schließlich nach einer längeren Frist, erst über 28,50 Mark. Bei den 28,50 Mark sind die 100 Tage des Bergarbeiterstreiks nicht eingerechnet, was wirklich kein Geschäft war. Lassen wir diese Zeit des Bergarbeiterstreiks aus, dann kommen wir auf die Zahl von etwa 40 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, eine Zahl, die auch nicht vom deutschen Reich erwartet wird. Und dabei gibt es für die Gelder, die Deutschland aufbringen muß, eine große Anleihe von 800 Millionen. Dazu

sind

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 3
A4

sind die Reparationslasten, die Micumlasten, die die Werke getragen haben zurückerstattet worden, damit sie in der Lage waren, die Kohlenpreise zu ermäßigen. Das ist hier alles nicht der Fall. Glauben Sie, daß ich hexen kann? Wenn ich das könnte, würde ich mir diese unangenehme Situation ganz gewiß erspart haben, denn daß sie mir Freude macht, das können Sie wohl nicht gut annehmen, ich glaube auch nicht, daß Sie es tun. Die ganze Frage ist eben einfach die: Wie können wir uns diesem Geschick entziehen? Da habe ich Ihnen vorhin gesagt, wie die Verknüpfung der wirtschaftlichen Dinge tatsächlich liegt. Es handelt sich letzten Endes nicht um Wohltaten im Geschäft, sondern um nüchterne Zahlen, die zusammengebracht werden müssen. Da können Sie natürlich manches in der persönlichen Form mildern, aber die Zahlen können Sie nicht beseitigen und die Zahlen müssen aufgehen und gehen sie nicht auf, so gibt es eben das, was es bei uns gegeben hat. Mein Freund Schmelzer hat Ihnen vorhin nachgewiesen, daß wir Sie oft darauf aufmerksam gemacht haben. Aber man hat es nicht geglaubt. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, da werde ich beschimpft. Es ist nicht ganz zweckmäßig und auch nicht richtig.

Also, meine Herren, ich glaube, es wird gut sein, wenn der Versuch gemacht wird, das zu erreichen, was hier nötig ist, und das ist eine durchgreifende Kohlenpreisermäßigung. Denn ohne das wird die Arbeit hier im Saargebiet immer schwieriger werden, und auch die anderen Werke werden auf die Dauer nicht arbeiten können, wenn sie nicht von ihrer Regierung unterstützt werden. Das ist möglich, daß das geschieht.

rsitzender: Herr Dr. Röchling, Sie haben der Volksstimme den Vorwurf der bewußten Lüge gemacht. Ich weise diesen Vorwurf zurück. Auf der Rednerliste stehen noch drei Herren. Da wir aber alle abgespannt sind, schlage ich vor, daß wir die Debatte nicht abbrechen, sondern nur vertagen. Vielleicht kommen wir bereits am Donnerstag wieder zusammen, sofern bis dahin die Arbeitszeitvorlage eingegangen ist. Wenn Sie damit einverstanden sind, vertage ich die Sitzung.

Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. Heim!

taatskommissar Dr. Heim: Der Herr Abg. Schmelzer hat gesagt, wenn die Zustände im Gefängnis so sind, wie Herr Reinhard vorgetragen hat, müßte dies nachgeprüft werden.

(Große Unruhe- die Abgeordneten verlassen den Saal und nur auf die Rufe des Vorsitzenden, sich noch einige Minuten zu gedulden, hören einige Abgeordnete stehend zu. Durch die entstandene Unruhe war der Redner am Stenographentisch nicht zu verstehen.)

Herr Reinhard hat in der Weitergabe einer Eingabe an den Völkerbund eine Beleidigung erblickt. Eingaben, die an den Völkerbund gehen, gehen in unveränderter Form weiter. Eine Geschäftspraxis kann niemals eine Beleidigung sein.

rsitzender: ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 3 A4 I